

NR. 2

2019

Das Magazin der Polizei
des Landes Nordrhein-Westfalen

Streifen



ZWISCHENBILANZ

OPFER- SCHUTZ

Sinnvolle Ergänzung
zur polizeilichen Arbeit

KINDERPORNOGRAFIE

NEUE STABS-
STELLE IM
INNENMINIS-
TERIUM NRW
EINGERICHTET

CLAN KRIMI NALI TÄT

Erstes Lagebild
veröffentlicht

NORDGRIECHENLAND

FRONTEX- EINSATZ

Sicherung der
EU-Außengrenze

VEREIDIGUNGS- JAHRGANG 2019

RICHTIGE
ENTSCHEI-
DUNG!

Auf Umwegen
zur Polizei

»Die Kontrollaktionen sind ein unverzichtbarer Teil der Strategie zur wirksamen Bekämpfung der Clankriminalität. Wir signalisieren den kriminellen Mitgliedern der Familienclans sowie der restlichen Bevölkerung damit: Der Rechtsstaat setzt die Maßstäbe!«

Herbert Reul
Minister des Innern des Landes Nordrhein-Westfalen



Foto: Alexander Sucrow

Liebe Leserinnen und Leser,

Im Mai dieses Jahres haben wir das erste Lagebild zur Clankriminalität in NRW vorgestellt. Es zeigt: Bei der Bekämpfung dieses Kriminalitätsphänomens in Nordrhein-Westfalen müssen wir einen langen Atem beweisen. Das wissen die Einsatzkräfte und Ermittler der verschiedenen Behörden, die sich täglich mit diesem Thema beschäftigen.

Wir werden kriminelle Strukturen aufheben und die Null-Toleranz-Strategie der Landesregierung durchsetzen. Die Clans sollen sich bei ihren illegalen Geschäften nicht länger sicher fühlen. Wir werden mehr Respekt gegenüber allen Einsatzkräften auf der Straße einfordern. Die Bevölkerung soll sich wieder sicherer fühlen.

Um all dies zu erreichen, haben wir in der Zeit von Juli 2018 bis Mai 2019 gemeinsam mit unseren Partnern aus den Kommunen und Finanzbehörden über 500 Kontrollaktionen durchgeführt, bei denen mehr als 1.600 Objekte durchsucht wurden. Diese Strategie der ständigen Nadelstiche kann Ergebnisse vorweisen: Die Polizei NRW verzeichnet in diesem Zeitraum etwa 700 Strafanzeigen, 1.700 Ordnungswidrigkeitenanzeigen, 5.000 Verwarngelder sowie knapp 1.000 Sicherstellungen in Zusammenhang mit der Clankriminalität. Unsere Partner haben im selben Zeitraum 2.800 Strafanzeigen, Ordnungswidrigkeitenanzeigen oder Verwarngelder erstellt und mehr als 1.500 Sicherstellungen durchgeführt. Über 100 kontrollierte Objekte wurden unmittelbar geschlossen. Um die Clans auch finanziell belangen zu können, haben wir eine gemeinsame Task-Force Finanzermittlungen beim Landeskriminalamt eingerichtet. Sie wird illegale Finanzmittel und Geldströme feststellen und bekämpfen.

Ich danke allen Polizistinnen und Polizisten, aber auch allen an Kontrollaktionen beteiligten Partnern für ihren engagierten und effektiven Einsatz.

Dieser Einsatz ist noch lange nicht zu Ende: Die Kontrollaktionen sind ein unverzichtbarer Teil der Strategie zur wirksamen Bekämpfung der Clankriminalität. Wir signalisieren den kriminellen Mitgliedern der Familienclans sowie der restlichen Bevölkerung damit: Der Rechtsstaat setzt die Maßstäbe!

**Ihr
Herbert Reul**

- 02 __ Editorial
- 60 __ Impressum

TITEL

- 04 __ **Bedrohung, Raub, gefährliche Körperverletzung** Erstes »Lagebild Clankriminalität« veröffentlicht
- 06 __ **Der Rechtsstaat lässt sich nicht auf der Nase herumtanzen** Hintergründe zum »Lagebild Clankriminalität«
- 11 __ **Geflüchtet, eingewandert und nur geduldet** Herkunft und Geschichte eines Familienclans
- 12 __ **Die Familie als Geschäftsmodell** Kriminelle Clanstrukturen
- 14 __ **»Die andere Seite kann sich warm anziehen!«** Bundesweit erstes Symposium zur Clankriminalität

EINSATZ

- 18 __ **Unser Bogen ist weiter gespannt** Opferschutzbeauftragte zieht Zwischenbilanz
- 20 __ **Einfühlsam, vorurteilsfrei und strukturiert vorgehen** Polizeilicher Opferschutz in NRW
- 24 __ **Null-Tolleranz gegenüber sexueller Gewalt** Die neue Stabstelle »Kinderpornografie« im Ministerium
- 28 __ **Hart an der Grenze** Sicherung der EU-Außengrenze
- 32 __ **Der Spezialauftrag** Erste BFE in Dienst gestellt
- 34 __ **Rockerparty in Clubhaus kontrolliert** BFE bewährt sich im Einsatz
- 36 __ **Ex-Baumarkt wird zu Trainingszentrum** Neues AMOK-TE-Zentrum
- 36 __ **Fortbildung und Training für Ermittler** Raumsituation und Ausstattung stark verbessert
- 37 __ **Neues Polizeipräsidium in Aachen bezogen** Moderne Arbeitsplätze
- 38 __ **Ernsthaft, offen, authentisch** Neues Veranstaltungsformat: Minister vor Ort

KRIMINALITÄT

- 40 __ **Kriminalität geht erneut stark zurück** NRW-Kriminalstatistik vorgestellt

VERKEHR

- 42 __ **Zweiradfahrer im Stadtverkehr besonders gefährdet** Verkehrsunfallstatistik präsentiert

AUS- UND FORTBILDUNG

- 44 __ **Mein Herz kloppt... Volltreffer** Vereidigungsfeier 2019
- 46 __ **Die richtige Entscheidung getroffen** Auf Umwegen zur Polizei

PRISMA

- 48 __ **»Niemand soll mit Bauchschmerzen zur Arbeit gehen«** Der neue Polizeibeauftragte Thorsten Hoffmann stellt sich vor
- 50 __ **Genehmigungs-Prozess wird vereinfacht** Freie Heilfürsorgeverordnung
- 51 __ **Julia Fricke für die bundesweit beste Bachelorarbeit ausgezeichnet** Zukunftspreis Polizeiarbeit 2019

SPORT

- 52 __ **Anerkennung für Wettkampferfolg und soziales Engagement** Polizeisportlerehrung NRW
- 54 __ **Spannung und Tempo pur** Polizeilandesmeisterschaften im Tischtennis
- 55 __ **Frauen schneiden besonders stark ab** Europäische Polizeimeisterschaften im Judo
- 56 __ **Siegreiche NRW-Frauen** Deutsche Polizeimeisterschaften im Volleyball
- 56 __ **Im Fußball endlich wieder ganz vorn!** 7. Deutsche Polizeimeisterschaft im Fußball der Frauen

PERSONALIEN

- 57 __ **»Ich freue mich auf die Menschen in meiner Heimat!«** Jörg Lukat ist neuer Polizeipräsident von Bochum
- 57 __ **Anne Heselhaus** Neue Leiterin der Gruppe 40
- 57 __ **Thomas Gutsfeld** Neuer Leiter der Abteilung Polizei KPB Siegen-Wittgenstein

PREISRÄTSEL

- 58 __ **One Night of Tina** Die »Streifen« verlost Tickets für die Show am 15.12. in Düsseldorf



Fotos (2): Jochen Tack

04 CLANKRIMINALITÄT – NULL-TOLERANZ-STRATEGIE



32 ERSTE BEWEISSICHERUNGS- UND FESTNAHME-EINHEIT IN DIENST GESTELLT

NULL-TOLERANZ-STRATEGIE

BEDROHUNG RAUB, GEFÄHRLICHE KÖRPER- VERLETZUNG

**Erstes »Lagebild Clankriminalität«
veröffentlicht**

Das Landeskriminalamt NRW (LKA NRW) hat das erste Lagebild zur Clankriminalität in Nordrhein-Westfalen erstellt. Das Ergebnis: In mehr als einem Drittel aller registrierten Fälle bedrohen, berauben oder nötigen Mitglieder krimineller Großfamilien andere Menschen oder verletzen sie sogar gefährlich.



Clankriminalität ist keine Kleinkriminalität. Wir reden teilweise von schweren Verbrechen bis hin zu Tötungsdelikten«, sagt NRW-Innenminister Herbert Reul. Insgesamt zählen die Spezialisten des LKA 104 Clans, deren Mitglieder in Nordrhein-Westfalen in den Jahren 2016 bis 2018 auffällig geworden sind. Das Lagebild weist 6.449 Tatverdächtige aus, denen insgesamt 14.225 Straftaten zuzuordnen sind. Auch 26 versuchte und vollendete Tötungsdelikte konnte die Polizei Clanmitgliedern zuordnen. Rund 20 Prozent der Tatverdächtigen sind weiblich. Bei der Staatsangehörigkeit zeigt sich folgendes Bild: Etwa ein Drittel ist libanesisch, ein Drittel deutsch. Das letzte Drittel setzt sich zusammen aus Syrern, Türken, aber auch Personen mit einer nicht geklärten Nationalität.

Auch in ländlichen Gebieten aktiv

In ihrem Lagebild kommt die Polizei zu dem Schluss, dass kriminelle Großfamilien im ganzen Land aktiv sind, ein Schwerpunkt aber in den Metropolen des Ruhrgebietes liegt. Allerdings sind diese Clans auch in den Großstädten am Rhein tätig und fallen inzwischen selbst im ländlichen Raum durch Straftaten auf. Neben offenen illegalen Aktivitäten wie Rauschgifthandel, Glücksspiel- oder Sozialleistungsbetrug betreiben Clanmitglieder auch scheinbar legale Geschäfte im Bereich Autohandel, Sicherheits-Dienstleistungen oder Schlüsseldienste – meist mit dem Ziel zu betrügen, Geld zu waschen oder als Tarnung für kriminelle Vorhaben.

Drogenhandel, Shisha-Bars und Wettbüros

Der Handel mit illegalen Betäubungsmitteln steht bei den Aktivitäten der Großfamilien im Vordergrund. Dies betrifft in erster Linie den internationalen Handel mit Kokain und Cannabis. Angehörige der Familien sind dabei über die gesamte Lieferkette unterschiedlich involviert. Direkte Bezüge in die südamerikanischen Produktionsstandorte können ebenso nachgewiesen werden wie die Finanzierung der Transport oder die Verteilung der Drogen auf zentraler Ebene. Eine weitere Einnahmequelle: Der Betrieb von Shisha-Bars. Als Treffpunkt für kriminelle Großfamilien dienen die Bars der Kontaktpflege und damit auch zur Vorbereitung und Verdeckung von Straftaten. Sie bieten zudem ein großes Potenzial für Geldwäsche – einmal durch die Investition in die Immobilie selbst, aber auch, um dort un versteuerten Tabak zu vertreiben. Ähnlich den Shisha-Bars bieten auch Glücksspielstätten eine Basis zur Vorbereitung und Begehung von Straftaten. Darüber hinaus werden dort Spielgeräte manipuliert, wodurch erhebliche Geldsummen erwirtschaftet werden.

Verbindungen zur Rapper- und Kampfsport-Szene

Einige Angehörige türkisch-arabischstämmiger Clanfamilien verfügen über Verbindungen zu Teilen der Rapper-Szene. Sie erfahren damit ein großes Maß an öffentlicher Aufmerksamkeit, die der eigenen Reputation außerhalb des Milieus dienen soll. Eine weitere Rolle spielt die Kampfsport-Szene. Der Besuch, die Ausrichtung wie auch die Teilnahme an Kampfsportveranstaltungen wie Boxen oder Mixed Martial Arts scheint für die Szene an Bedeutung zu gewinnen, um sich in der Öffentlichkeit zu präsentieren. In erster Linie dienen die Kampfsport-Veranstaltungen der Pflege von Beziehungen, der Kommunikation, aber auch dem Zurschaustellen von Freund- und Feindschaften sowie Allianzen im Milieu. Die Sitzordnung, die Größe der begleitenden Entourage sowie die Art und Weise, wie Gäste begrüßt werden, zeichnet



Der Leitende Kriminaldirektor Thomas Jungbluth (LKA NRW) übergibt das »Lagebild Clankriminalität« an NRW-Innenminister Herbert Reul.

Foto: Jochen Tack

dabei ein sehr ausdifferenziertes Bild und gibt Hinweise auf Hierarchien und die Wichtigkeit von einzelnen Personen.

Das Lagebild weist zehn Clans aus, die zusammen für ein Drittel der erfassten Straftaten verantwortlich sind. »Das sind schon Mafia-Strukturen und Parallelwelten, in denen die Missachtung von Recht und Gesetz von einer Generation auf die nächste weitergegeben wird. Diesen Mechanismus zu durchbrechen, ist unser Ziel. Schon im Interesse der Kinder, die in diesem Milieu aus Gewalt und Verbrechen aufwachsen müssen. Aber selbstverständlich gibt es in diesen Familien auch viele rechtschaffende Leute. Und es gibt Leute, die vom kriminellen Tun genug haben. Diesen sollten wir in Zukunft auch Ausstiegsangebote unterbreiten«, so Reul.

/// Redaktion Streife



THOMAS JUNGBLUTH IM INTERVIEW

»DER RECHTSSTAAT LÄSST SICH NICHT AUF DER NASE HERUMTANZEN«

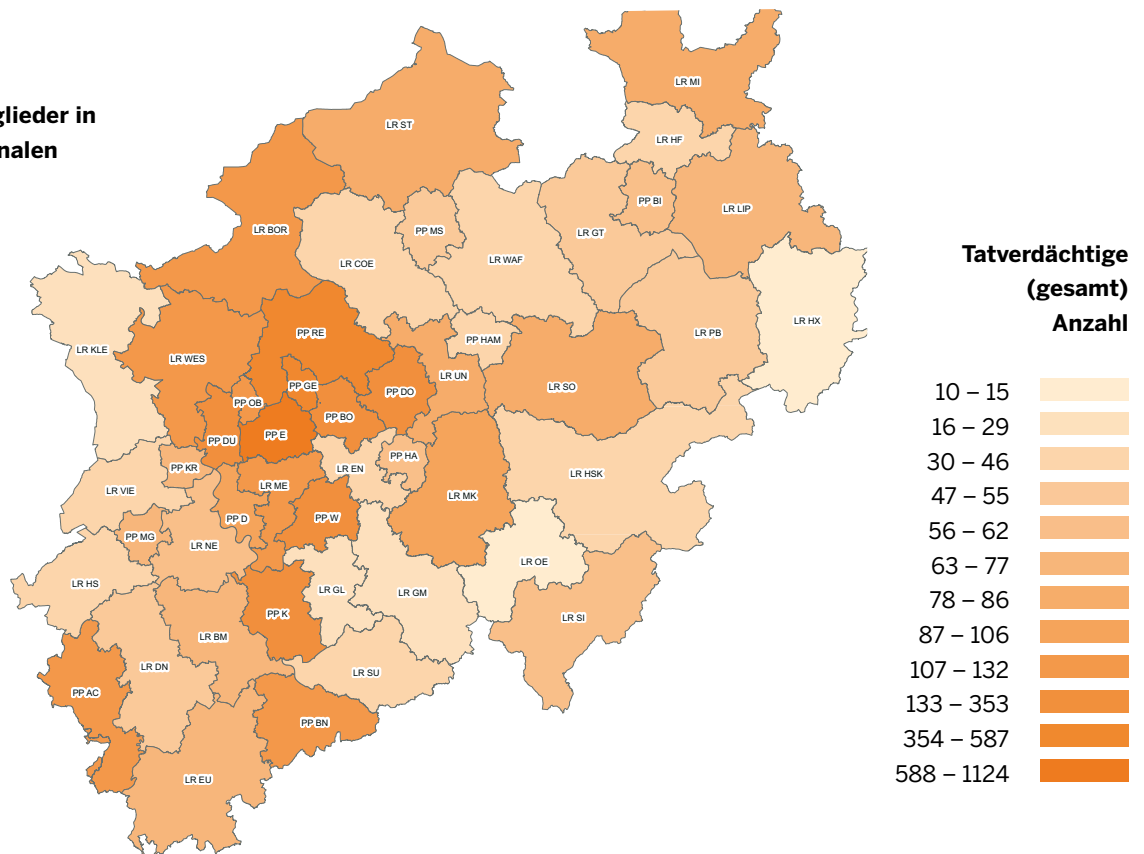
Hintergründe zum »Lagebild Clankriminalität«

Das Lagebild des Landeskriminalamts NRW zum Thema Clankriminalität ist fertig. Wesentliche Fakten daraus wurden jetzt von NRW-Innenminister Herbert Reul der Öffentlichkeit vorgestellt. Die »Streife« sprach mit Thomas Jungbluth über die Hintergründe des Lagebilds und über die Empfehlungen, die sich daraus für die künftige Arbeit der Polizei NRW ableiten lassen. Jungbluth ist Leitender Kriminaldirektor beim Landeskriminalamt und war federführend mit der Erstellung des Lagebilds befasst.

Streife: Seit wann beschäftigt sich das LKA NRW mit diesem Thema?

Jungbluth: Arabisch-libanesisch-türkische Großfamilien sind schon seit ungefähr zehn Jahren ein Thema bei uns. Damals hatten wir die ersten Ermittlungsverfahren im Bereich Organisierte Kriminalität. Das geschlossene Auftreten von Clanmitgliedern in der Öffentlichkeit und die ihnen zuzurechnende Delinquenz entwickelte sich in den letzten Jahren zunehmend zum Gegenstand einer öffentlichen Diskussion. Letztendlich führte dies zu einer kriminalpolitischen Schwerpunktsetzung, die sich im Koalitionsvertrag der neuen Landesregierung wiederfindet. Ausfluss dieser Schwerpunktsetzung ist auch die Forderung nach einem Lagebild, das Ausmaß und Qualität dieser Kriminalitätsform offenbart und Ansatzpunkte für polizeiliche Reaktionen darstellt. Wir haben dann Ende 2017 auf die ersten Ergebnisse des Projektes KEEAS (Kriminalitäts- und Einsatzbrennpunkte geprägt durch ethnisch abgeschottete Subkulturen) aufgesattelt. Aus diesen Ergebnissen hatten sich schon erste Familiennamen herauskristallisiert, die für das Phänomen »Clankriminalität« stehen. Diese Namen haben wir mit anderen Bundesländern abgeglichen und insbesondere mit den Experten der NRW-Behörden, die über viel Erfahrung mit Clankriminalität verfügen, gemeinsam überprüft. So sind wir letztlich von zunächst ca. 50 Clans auf knapp über 100 verschiedene Clans gekommen, aus denen heraus einzelne Angehörige polizeilich auffällig geworden sind. Manche mit nur wenigen Straftaten, manche mit sehr vielen. Um es abzukürzen: Die sehr intensive Befassung seit Anfang 2018 hat zu dem vorliegenden Lagebild geführt. Und die Erkenntnisse aus diesem Lagebild haben dann die aktuell vielfältigen Maßnahmen ausgelöst, die spätestens seit Sommer 2018 konzentriert und koordiniert gegen kriminelle Mitglieder von Clans durchgeführt werden.

Tatverdächtige Clanmitglieder in den Bereichen der regionalen Polizeibehörden in NRW



Karte erstellt von : Skala LKA NRW

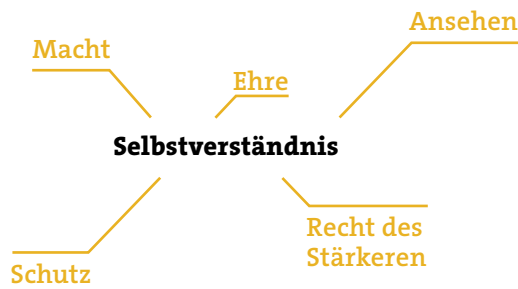
Streife: Welche Strategie verfolgt das Land NRW bei diesem Thema?

Jungbluth: Das Land NRW hat sich gegenüber den Clans auf eine »Null-Toleranz«-Strategie festgelegt. Bei jeder Ordnungswidrigkeit soll konsequent, aber auch angemessen und verhältnismäßig reagiert werden. Nächtliche Razzien dienen dazu, die Durchsetzungsfähigkeit des Rechtsstaats nach außen zu dokumentieren und intern Erkenntnisse über das Agieren der Clanmitglieder zu gewinnen. Diejenigen, die sich scheinbar unangreifbar fühlen, sollen durch diese Maßnahmen dazu gebracht werden, sich künftig an Recht und Gesetz zu halten.

Die Umsetzung dieser Strategie stößt bislang in NRW auf viel positives Feedback: Polizistinnen und Polizisten melden dem LKA zurück, wie sehr sie es begrüßen, dass dieses Thema endlich angegangen wird, mit dem sie an der Basis schon seit Längerem zu tun haben. Ich werde polizeiintern oft als Referent zum Thema Clankriminalität eingeladen, so zuletzt bei der KPB Recklinghausen. Auch Bürgerinnen und Bürger geben der Polizei NRW bemerkenswert viel positives Feedback zu den Maßnahmen wie etwa den Razzien.

Streife: Wo liegt das Problem bei der Erfassung?

Jungbluth: Das liegt zum Beispiel an vielen unterschiedlichen Schreibweisen der Familiennamen. Einige Personen wechseln auch ihre Namen von arabischen zu türkischen Familiennamen. Die Tatverdächtigen kommen aus allen Altersgruppen und sie haben verschiedene Nationalitäten. >



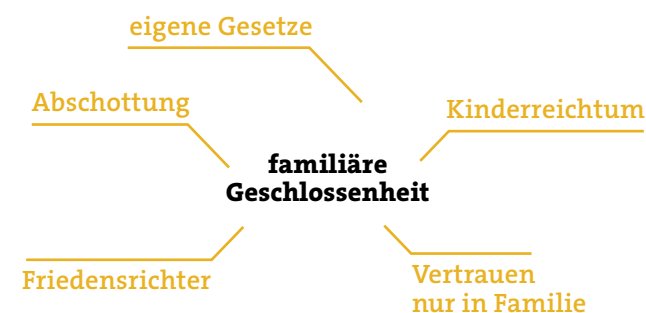
Familienclan

Streife: Wie kommen Sie zu den Daten über die Tatverdächtigen?

Jungbluth: Wir nutzen die Eingaben zu Tatverdächtigen, die in Nordrhein-Westfalen über die Software IGVP (Integrierte Vorgangsbearbeitung Polizei) erfasst werden. Diese Zahlen haben wir im Lagebild für die Jahre 2016 bis 2018 ausgewertet. In diesem Zusammenhang habe ich eine Bitte an alle Polizistinnen und Polizisten in NRW: Je mehr Daten rund um Clans ins IGVP und zukünftig viva eingegeben werden, desto genauer wird unser Lagebild. Das setzt eine hohe Qualität bei der Erfassung der Daten voraus. Wir als LKA sind auf eine detaillierte und genaue Erfassung der Vorgänge angewiesen.

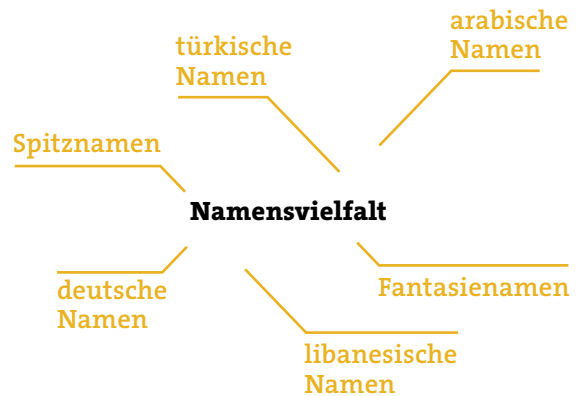
Streife: Besonders auffällig ist der hohe Anteil von Frauen bei den erfassten Taten, er liegt bei etwa zwanzig Prozent. Was sind nach Ihrer Ansicht die Gründe dafür?

Jungbluth: Das liegt daran, dass die Frauen genauso wie die Männer alles tun, um die Familienehre zu verteidigen und den Zusammenhalt der Familie nach außen zu dokumentieren, und das um jeden Preis und mit allen Konsequenzen. Eigentlich dachten wir, dass Frauen mäßigend einwirken könnten. Das kann im Einzelfall auch so sein, aber unsere Statistik sagt etwas anderes.



Streife: Wären die Frauen nicht auch ein guter Ansatz für Präventionsarbeit?

Jungbluth: Es wird sehr schwer werden und einen langen Atem erfordern, erfolgreiche Präventionsarbeit zu leisten, weil wir uns mit der Mentalität der Menschen, mit einem anderen Verständnis von sozialem Zusammenhalt auseinandersetzen müssen. Das ist eine sehr anspruchsvolle Aufgabe. Auf die Frauen zuzugehen, ist sicher ein guter Ansatz. Diese Arbeit kann die Polizei aber nicht



allein leisten. Da ist die gesamte Gesellschaft gefordert, etwa auch die Schulen. Und man muss etwa den Jugendlichen auch wirklich einen Grund geben, um auszusteiern. Viele von ihnen besitzen keine gute Schulbildung. Wenn ein Jugendlicher etwa für das Waschen des Autos eines Clanchefs 500 Euro erhält, dann wäscht er lieber mehrmals im Monat das Auto als etwa eine Gärtnerlehre bei der Stadt zu machen. Wenn es der größte Traum von jungen Mädchen ist, einmal ihren Cousin zu heiraten, um die Familienbande zu stärken, dann wird klar, wie schwierig und anspruchsvoll Prävention ist und dass diese Aufgabe nicht von der Polizei gelöst werden kann.

Streife: Wo konzentrieren sich denn die Familienclans genau in NRW?

Jungbluth: Die meiste Clankriminalität verzeichnen wir in Essen und den umliegenden Ruhrgebietsstädten, aber auch etwa in Erkrath in der Landratsbehörde Mettmann. Die dortigen Polizeibehörden haben sich der Herausforderung gestellt, um dieser speziellen Form oftmals organisiert begangener Kriminalität mit geeigneten Strategien zu begegnen. Essen hat etwa eine sehr große BAO gebildet. Man muss sehr gezielt andere Partner dazu holen, vor allem die Ordnungsbehörden. Viele kleine Nadelstiche sollen deutlich machen: Der Rechtsstaat lässt sich nicht auf der Nase herumtanzen. Wer gegen das Recht verstößt, wird mit den Konsequenzen leben müssen.

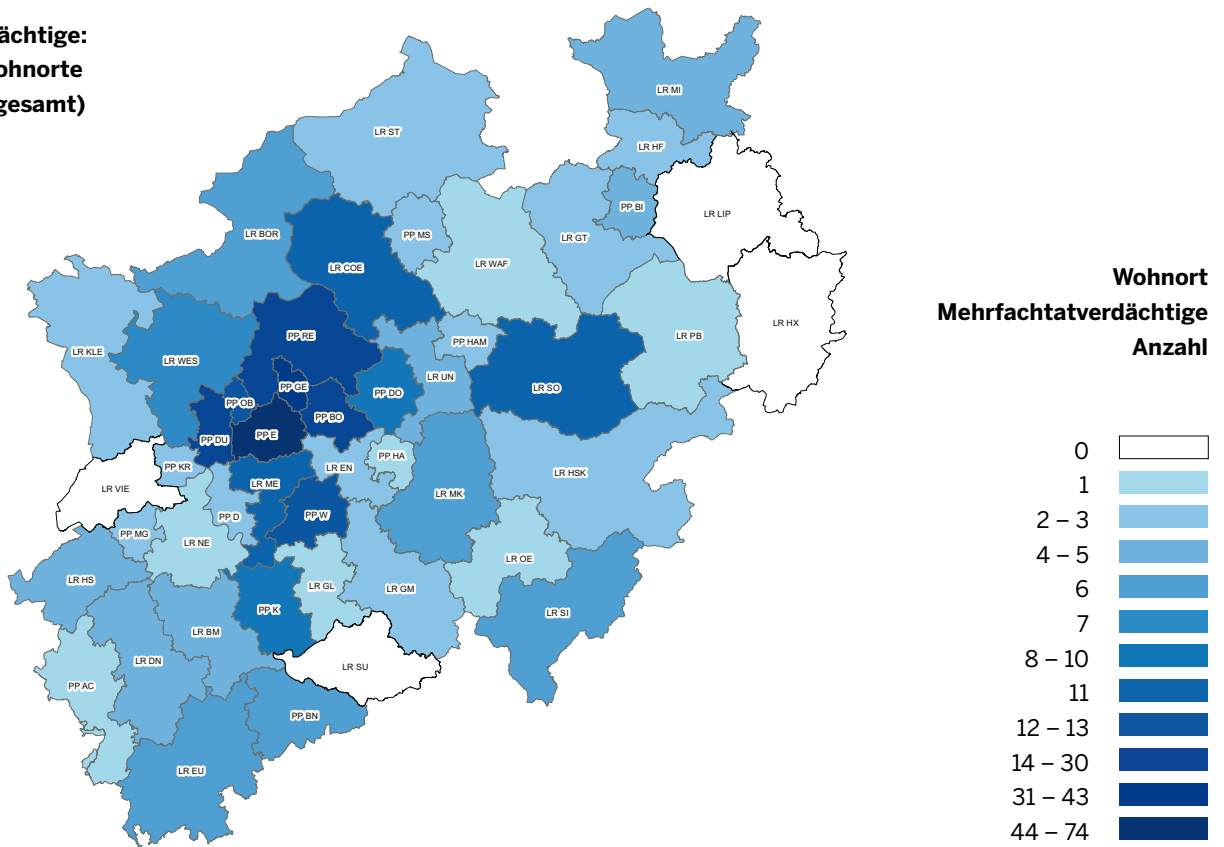
Streife: Das Thema Clankriminalität wird in der bundesweiten Öffentlichkeit vor allem mit Ereignissen in Berlin in Zusammenhang gebracht und nicht mit NRW – zu Recht?

Jungbluth: In Berlin gab es einige spektakuläre Straftaten, die im Fokus der öffentlichen Berichterstattung standen. Doch die Dimension des Problems ist im bevölkerungsreichsten Bundesland NRW nicht geringer. Für unser Bundesland haben wir diese herausfordernde Lage nun erfasst. Wir haben zahlreiche Veranstaltungen zur Clankriminalität durchgeführt, und es gab bereits viele polizeiinterne Fortbildungsmaßnahmen. Wir sind bereits sehr weit gekommen und arbeiten mit Partnern wie dem Zoll, den Stadtverwaltungen, Ausländer- und Ordnungsämtern oder der Steuerfahndung intensiv zusammen. NRW hat sich zu diesem Thema gut aufgestellt.

Streife: Wie ticken denn die Familienclans?

Jungbluth: Clankriminalität hat sehr viel damit zu tun, nach außen hin zu demonstrieren, wer der Stärkere ist. Das Recht des Stärkeren wird in jeder Form und um jeden Preis nach außen hin verteidigt und dokumentiert. Die Menschen glauben, dass sie sich nur auf ihre Familie verlassen können und auf sonst nichts und dass deren Werte über allem stehen, auch über dem Recht des Landes, in dem sie leben. Das haben sie über Jahrhunderte gelernt, denn diese Familien wurden auch in ihren Herkunftsländern nicht anerkannt und waren auch dort nicht in die Gesellschaft integriert. Diese Mentalität kann dazu führen, dass in dem Moment, in dem ein Polizeibeamter ein Verkehrsvergehen ahnden will, eine Telefonkette alarmiert wird und dann sehr schnell sehr viele Menschen zusammenkommen, um das Einschreiten des Beamten zu verhindern. Viele Clanmitglieder wollen zudem zeigen, was sie besitzen. In diesem Zusammenhang ist das Phänomen »Carposing« zu sehen, also das Protzen mit Luxuskarossen, aber auch das Tragen großer Goldketten. >

Mehrfachtatverdächtige: Verteilung der Wohnorte nach Behörden (gesamt)



Karte erstellt von : Skala LKA NRW

»Wir werden den Shisha-Bars weiter auf den Füßen stehen.«

Thomas Jungbluth

Streife: Welche Konsequenzen wird dieses Lagebild denn für die Arbeit der Polizei NRW haben?

Jungbluth: Wir können den Kreispolizeibehörden nun sagen, wie viele kriminell gewordene Clanangehörige und wie viele Mehrfachtatverdächtige sie in ihrem Bereich haben. Die Behörden müssen dann selbst geeignete Maßnahmen entwickeln, mit denen sie darauf reagieren wollen. Dafür muss man wissen, warum diese Menschen so reagieren, wie sie es tun. Muss die Kreispolizeibehörde ihr Einsatzverhalten bei dieser Klientel anpassen? Wie kann sie gezielt gegen die Mehrfachtatverdächtigen vorgehen? Die Lösung, die Essen gefunden hat, muss aber nicht die richtige Lösung für eine Landratsbehörde sein. Deswegen muss jede Kreispolizeibehörde ihren eigenen Weg finden, um dem Stellenwert gerecht zu werden, den das Thema Clankriminalität in ihrem Bereich hat.

MASSNAHMEN, DIE KPB ERGREIFEN KÖNNEN

- > eine langfristig angelegte BAO bilden
- > Clankriminalität in das Sicherheitsprogramm der KPB aufnehmen
- > ein befristetes Projekt mit speziellem Aufgabenschnitt durchführen
- > gemeinsam mit der Justiz dafür sorgen, dass die Staatsanwaltschaft für dieses Thema sensibilisiert wird
- > in Zusammenarbeit mit den Ordnungsbehörden unangemeldete nächtliche Kontrollen durchführen, etwa in Shisha-Bars
- > die Kommunalbehörden für das Thema »Clankriminalität« sensibilisieren
- > ein Merkblatt für die Kollegen im Wachdienst und für die Ermittler erarbeiten, in dem steht, was man bei den Kontrollen von Shisha-Bars beachten muss
- > gezielt gegen das Carposing vorgehen und getunte Fahrzeuge stilllegen

Streife: Es gab in der Vergangenheit eine Reihe von Razzien, etwa in Essen. Wird die Polizei NRW weitere Razzien dieser Art durchführen?

Jungbluth: Die Razzien haben im Sommer 2018 begonnen. Da wurden sie von Clans nicht wirklich ernst genommen und eher als kurze Episode polizeilicher Reaktion verstanden. Aber diese Razzien werden weiter gehen. Das ist in den letzten Monaten trotz der hohen Belastung der Polizei durch andere Aufgaben möglich gewesen. Wer glaubt, dass die Polizei in ihrem Engagement nachlässt, liegt mit Sicherheit falsch. Wir werden den Shisha-Bars und den sonstigen Treffpunkten krimineller Clanangehöriger weiter auf den Füßen stehen. Wenn die Shisha-Bars sich an Recht und Gesetz halten, werden wir dort natürlich nicht mehr kontrollieren.

Streife: Sehen Sie denn schon eine Veränderung im Verhalten der Clans?

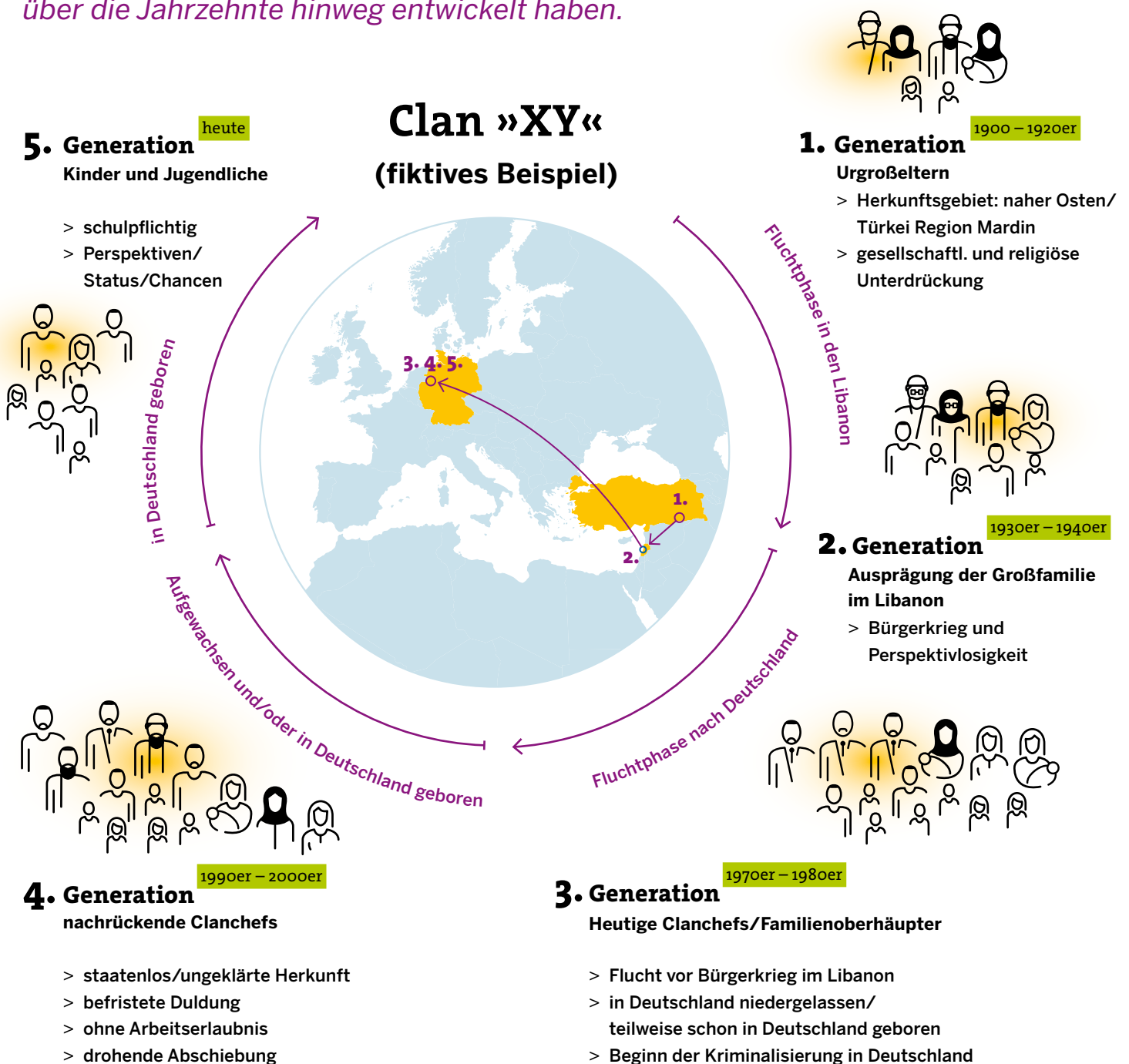
Jungbluth: Das Verhalten hat sich schon deutlich geändert. Man merkt, dass es wenig Sinn macht, die Polizei zu provozieren, denn dann sind schnell sehr viele Polizisten da. Also passt man sich an. Clanmitglieder beschwerten sich gegenüber der Polizei über die Razzien. Doch die Razzien sind ein wichtiges Mittel, um Informationen darüber zu erhalten, wer sich in welchen Lokalen aufhält. Je bessere Informationen wir haben, desto eher können wir dann auch Ermittlungsverfahren gegen Mehrfachtatverdächtige führen und gegen die Personen, die in den Familienclans bestimmend sind. Wir rechnen auch damit, dass die Clans

ihre kriminellen Geschäfte auf andere Bereiche verlegen, in denen das Entdeckungsrisiko gering ist und größere Gewinne erzielt werden können. Der Umgang mit den Clans erfordert ein ständiges Anpassen der polizeilichen Maßnahmen. Wir müssen immer neu auf die jeweilige Situation reagieren.

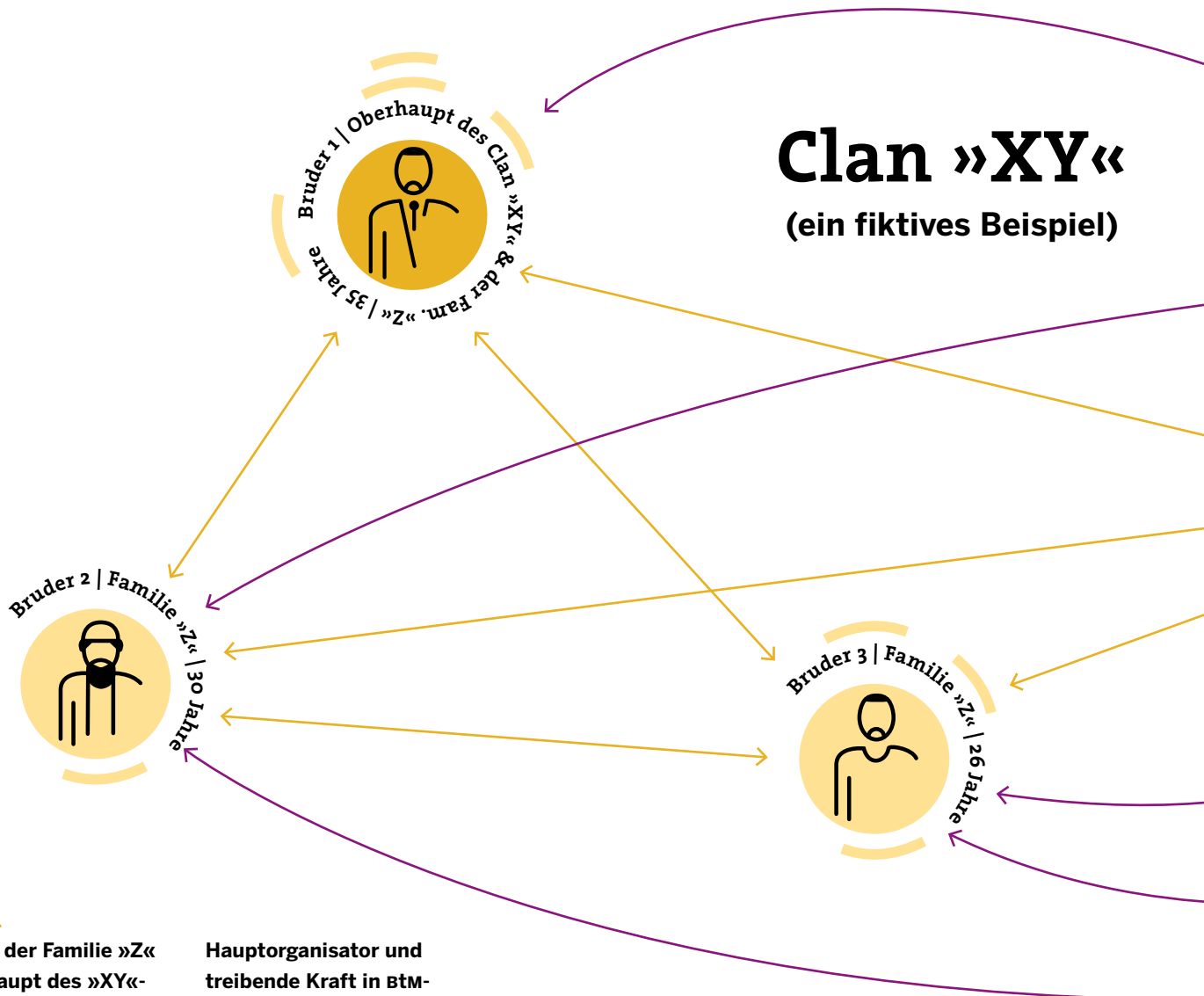
/// Das Gespräch führte Walter Liedtke

HERKUNFT UND GESCHICHTE EINES FAMILIENCLANS GEFLÜCHTET, EINGEWANDERT UND NUR GEDULDET

Um die Strukturen der Familienclans zu verstehen, muss man auch deren Herkunft und die Entwicklung über die verschiedenen Generationen hinweg beleuchten. Das Schaubild zeigt an einem Beispiel, wie sich die Familien über die Jahrzehnte hinweg entwickelt haben.



KRIMINELLE CLANSTRUKTUREN DIE FAMILIE ALS GESCHÄFTSMODELL



Clan »XY« (ein fiktives Beispiel)

Bruder 1

Oberhaupt der Familie »Z« und Oberhaupt des »XY«-Clans, nach dem Tod des Vaters

- > andere Brüder müssen folgen, wenn er etwas verlangt
- > hält Kontakt zu Familienangehörigen im Bundesgebiet
- > arbeitslos
- > verheiratet, 8 Kinder

Hauptorganisator und treibende Kraft in BTM-Geschäften

- > organisiert größere BTM-Geschäfte
- > zuständig für die organisatorische Führung
- > Wissen darüber, dass er BTM Geschäfte tätig, aber Beweismittel fehlen.
- > verfügt über einen Facebook-Account mit dem Namen »XY«
- > PKW mit Kennzeichen »XY«

Bruder 2

fester Bestandteil der Bande

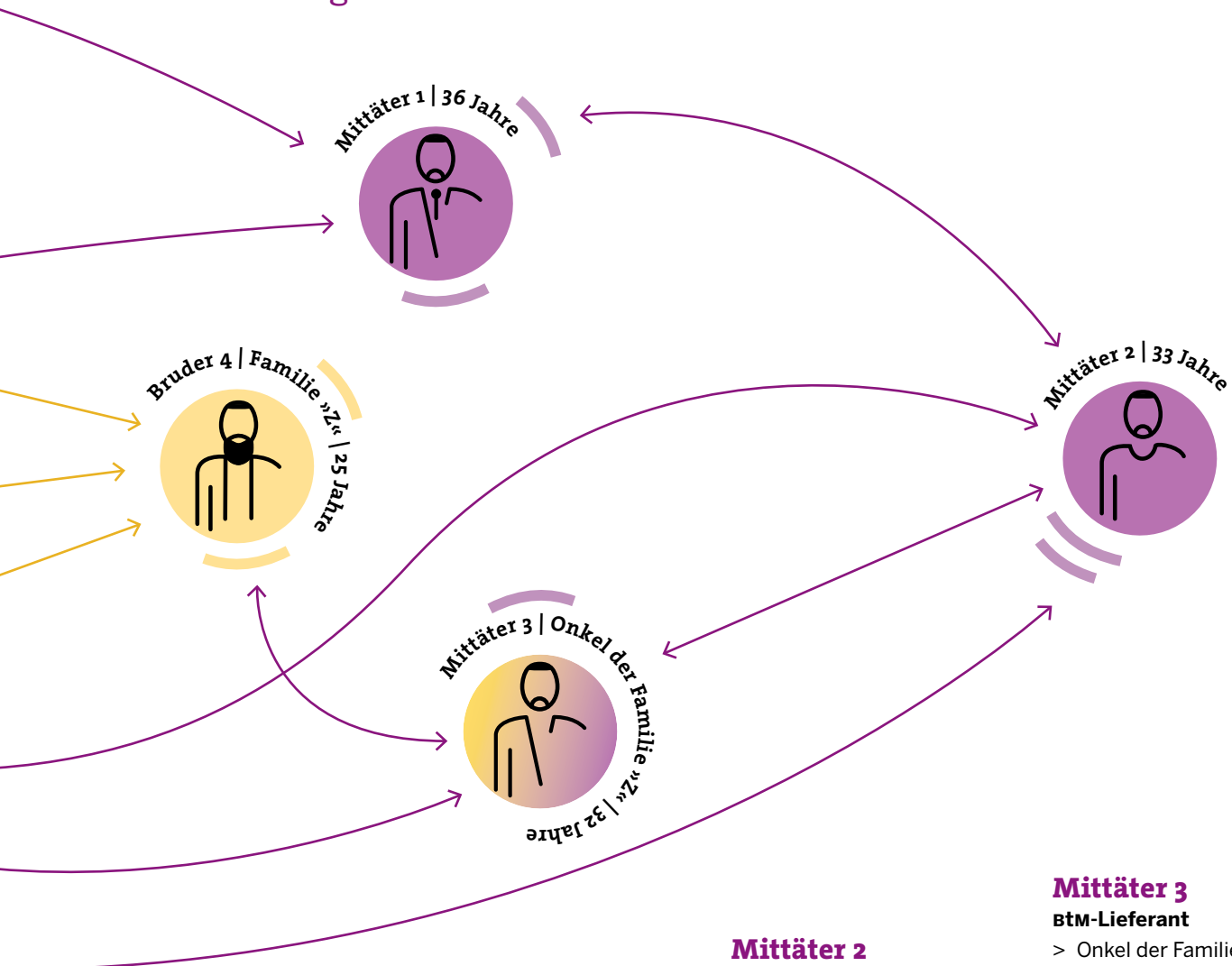
- > Kokain-Händler, Kokain-Konsument
- > bereits mehrfach rechtskräftig verurteilt/erhebliche polizeiliche Erkenntnisse (u.a. BTM, Nötigung, KV, erpr. Menschenraub)
- > verheiratet, 6 Kinder
- > verfügt über einen Facebook-Account mit dem Namen »XY«
- > PKW mit Kennzeichen »XY«

Bruder 3

Betreiber eines Cafés als »BTM-Verkaufsstelle«

- > bereits mehrfach rechtskräftig verurteilt/erhebliche polizeiliche Erkenntnisse (u.a. BTM)
- > verheiratet, 6 Kinder
- > verfügt über einen Facebook-Account mit dem Namen »XY«
- > PKW mit Kennzeichen »XY«

Die komplexen Strukturen der Familienclans zu durchschauen, ist für Außenstehende schwer. Denn der Zusammenhalt innerhalb der Familien ist stark – vertraut wird nur der Verwandtschaft. Auch versuchen kriminelle Mitglieder der Clans oft, die Zugehörigkeit zu einer bestimmten Familie zu verschleiern. Das Schaubild verdeutlicht anhand eines Beispiels, wie die Hierarchie und die Arbeitsverteilung innerhalb einer Familie aussehen kann.



Bruder 4

Betreiber einer

»BtM-Verkaufsstelle«

- > wirkte auf Zeugen ein
- > bereits mehrfach rechtskräftig verurteilt/erhebliche polizeiliche Erkenntnisse (u.a. BtM)
- > verheiratet, 5 Kinder
- > verfügt über einen Facebook-Account mit dem Namen »XY«
- > PKW mit Kennzeichen »XY«

Mittäter 1

fester Bestandteil der örtlichen kriminellen Szene

- > Intensivtäter/
Eigentumskriminalität/
BtM-Händler
- > beste Kontakte zu Straftätern aus der BtM-Szene

Mittäter 2

Bunkerhalter, Schuldeneintreiber, Kurier

- > spricht kaum deutsch
- > in sämtliche kriminellen Dinge der Familie »Z« eingebunden
- > starkes Vertrauensverhältnis
- > kein verwandschaftliches Verhältnis zur Familie »Z«
- > nicht verurteilt/bisher kaum kriminell in Erscheinung getreten

Mittäter 3

BtM-Lieferant

- > Onkel der Familie »Z«
- > Oberhaupt der Familie »Y«
- > Mitglied des »XY«-Clans



»DIE ANDERE SEITE KANN SICH WARM ANZIEHEN!«

Erkenntnisse teilen, Strategien erarbeiten

Das NRW-Innenministerium hatte zum Symposium »360-Grad-Maßnahmen gegen die Clankriminalität« eingeladen. Insgesamt fanden sich rund 600 Teilnehmerinnen und Teilnehmer und 70 Pressevertreter im Essener »Haus der Technik« ein, um sich über kriminelle Clanmitglieder zu informieren und auszutauschen.

Zu den Teilnehmern gehörten neben Kriminologen, Bundes- und Landespolizisten, Juristen, Islamwissenschaftlern und Theologen auch Vertreter des Zolls sowie von Ordnungsämtern, Jobcentern und Ausländerbehörden. In verschiedenen Vorträgen, Workshops und an zahlreichen Infoständen konnten sich die Besucher unter anderem über aktuelle Maßnahmen der Bekämpfung von Clankriminalität, die engmaschige Netzwerkarbeit der Behörden, aber auch zu Möglichkeiten der Prävention informieren.

In seiner Begrüßungsrede betonte NRW-Innenminister Herbert Reul: »Wir bieten mit dem Symposium eine Plattform, auf der sich die Experten über die neuesten Erkenntnisse zum Phänomen Clankriminalität austauschen und Netzwerke bilden können. Denn nur die enge und verzahnte Zusammenarbeit der Polizei mit anderen Behörden macht es möglich, alle rechtlichen Mittel gegen die kriminellen Clanmitglieder auszuschöpfen.« Wichtig sei dabei vor allem eine langfristige Strategie, bei der die Polizei ständige Präsenz und konsequentes Handeln zeige. Dem Essener Polizeipräsidenten Frank Richter lag vor allem die Sicherheit der Bürgerinnen und Bürger am Herzen, aber auch die seiner Mitarbeiter: »Die Kollegen leisten 24 Stunden am Tag eine gute und professionelle Arbeit. Das erlebe ich jeden Tag. Wir haben eine Polizei, auf die wir uns verlassen können. Als Führungskräfte müssen wir uns aber auch hinter unsere Mitarbeiter stellen und klar machen: Wir dulden keine Beleidigungen oder körperlichen Angriffe gegen Kolleginnen und Kollegen.« Der Essener Oberbürgermeister Thomas Kufen war froh über die vertrauensvolle Zusammenarbeit zwischen der Stadt und der Polizei. Er begrüßte das entschiedene Auftreten aller Beteiligten gegen kriminelle Clanmitglieder. »In Essen gibt es eine große Toleranz für Menschen, die bei uns mitmachen wollen und gegenüber den verschiedenen Kulturen, Religionen und Lebensstilen. Wir zeigen gleichzeitig aber auch Null Toleranz gegenüber Kriminalität. Wir möchten den kriminellen Strukturen der Clans Paroli bieten.«

Problemorientierte Herangehensweise wichtig

In einem Impulsvortrag beleuchtete der Rechts- und Islamwissenschaftler Prof. Dr. Dr. Mathias Rohe von der Friedrich-Alexander-Universität Erlangen-Nürnberg die Hintergründe von Clankriminalität und mögliche Gegenstrategien aus wissenschaftlicher Sicht. Um gegen die Clans effektiv vorgehen zu können, müsse man zunächst deren Strukturen verstehen: Woher sie kommen, wie sie aufgewachsen sind und welche speziellen sozialen Normen für sie gelten. So hätten Viele in ihren Herkunftsländern massive Diskriminierungen erlebt – auch durch den Staat. Schutz bot oftmals nur die Familie. Daher rührten unter anderem die große Loyalität zu den Angehörigen und die komplette Abschottung zur Außenwelt. Die Männer würden zudem von Kindesbeinen an dazu erzogen, Stärke zu zeigen und die Familie zu stützen, was es für sie umso schwerer mache, aus dem ganzen System auszubrechen. Typisch dafür sei auch das laute, impulsive und aggressive Auftreten in der Öffentlichkeit. Rohe betonte: »Man braucht eine problemorientierte Herangehensweise, etwa eine langfristige und niederschwellige Präsenz der Polizei.« Das Ganze sei ein Marathon – kein Sprint. Wenn einer vorbeifahrenden Streife der Mittelfinger gezeigt werde, sollten die Personen kontrolliert und, wenn nötig, mit auf die Wache genommen werden, und zwar konsequent: »Das wird nicht dazu führen, dass sie beim nächsten Mal stattdessen fröhlich winken – aber sie werden irgendwann vielleicht einfach weggucken.« Wichtig sei außerdem eine ganzheitliche Familienpolitik, die nicht nur mehr Frauenhäuser zur Verfügung stellt, sondern auch den Männern Möglichkeiten bietet, aus den kriminellen Strukturen auszusteigen. »Man darf außerdem nicht vergessen: Nicht alle Clanmitglieder sind Kriminelle. Viele führen ein anständiges Leben. Diese Personen könnten als Brückenbauer fungieren«, so der Experte.


»Ihr habt mir gar nichts zu sagen!«

Im Foyer konnten sich die Teilnehmer des Symposiums an insgesamt sieben »Ankerpunkten« zu verschiedenen Themen rund

um Clankriminalität informieren. Expertinnen und Experten aus den Polizeibehörden, vom LKA und Zoll sowie von der Feuerwehr und der Staatskanzlei beantworteten Interessierten an den Infoständen Fragen zu den Themen »Einsatzerfahrungen«, »Shisha-Bars«, »Carposing«, »Vermögensabschöpfung Fahrzeuge« oder »Follow the money – kein Platz für finanzielle Schattenwelten«. Am Ankerpunkt »Einsatzerfahrungen« wurde sofort deutlich, mit welchem Verhalten der Clanmitglieder die Beamten von Polizei und Feuerwehr konfrontiert werden. Den Infostand schmückten Plakate mit eindeutigen Zitaten: »Du hast die Fresse zu halten. Ich kann mit dir machen, was ich will!« (PP Essen, Januar 2019, Fahrzeugkontrolle), »Scheiß Bullen verpisst euch, das ist unsere Straße!« (KPB Düren, November 2016, Erste Reaktion bei Eintreffen einer Streife) oder »Sie haben nicht mit meiner Frau zu diskutieren. Ihr redet auch nicht mit meinem Kind!« (PP Essen, Januar 2019) sind nur einige Beispiele. Sven Lewandowitz und Christian Richartz vom Polizeipräsidentium Essen berichteten außerdem von ihren persönlichen Erfahrungen. »Bei ganz normalen Verkehrskontrollen wird zunächst einmal sämtliche Mitarbeit verweigert. Man wird bedroht und beleidigt. »Ihr habt mir gar nichts zu sagen, ihr Hurensöhne«, oder »Wir wissen, wo du wohnst«, sind Sätze, die wir häufig hören. Die Clanmitglieder suchen sich gerne das schwächste Glied in der Kette für solche Drohungen heraus – etwa den Kollegen, der erst seit drei Monaten Streife fährt«, erzählt Sven Lewandowitz.

Schon bei geringsten Anlässen werden andere Familienmitglieder zu Hilfe gerufen.« Christian Richartz: »Hält zum Beispiel eine Streife, weil ein Wagen in zweiter Reihe parkt, wird sofort innerhalb der Familie nach Verstärkung gerufen. Je größer die polizeiliche Maßnahme, desto mehr Personen tauchen auf.« Die Beamten wünschen sich ein konsequenteres Durchgreifen der Justiz. Auch wenn klar ist, dass Gefängnisstrafen nur bedingt wirksam sind. »Ein Gefängnisaufenthalt steigert eher noch das Ansehen innerhalb des Clans – weil man sich für die Familie eingesetzt hat. Deshalb muss man ihnen ans Geld, an die Autos und an die Führerscheine. Das ist es, was wehtut«, so Sven Lewandowitz. >



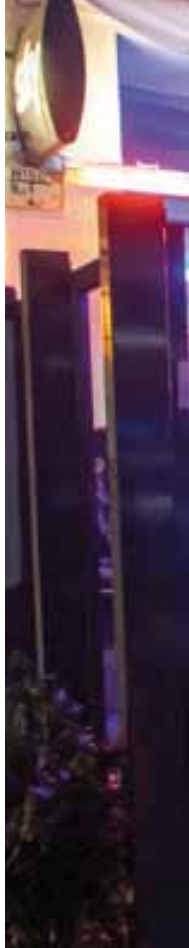
Wir setzen in Nordrhein-Westfalen auf einen Dreiklang:
Mit Razzien und Kontrollen setzen wir immer wieder Nadelstiche, wir bekämpfen durch intensive Ermittlungsarbeit die Organisierte Kriminalität und wir wollen diejenigen, die sich aus kriminellen Strukturen lösen wollen, eine Ausstiegshilfe geben. 

NRW-Innenminister Herbert Reul

CLANKRIMINALITÄT WIRD WEITER KONSEQUENT VERFOLGT

Die Razzien der jüngsten Vergangenheit in Nordrhein-Westfalen führten die Polizistinnen und Polizisten gemeinsam mit Beschäftigten aus den Ordnungsämtern, dem Zoll, den Finanzämtern, den Bauämtern, der Gewerbeaufsicht und den Ausländerämtern durch. Auch die Staatsanwaltschaften sind jedes Mal an solchen nächtlichen Intensivkontrollen beteiligt.

»Dieser vernetzte Ansatz hat sich bewährt. Wir werden die Zusammenarbeit mit unseren Sicherheitspartnern daher in Zukunft weiter ausbauen«, erläutert NRW-Innenminister Herbert Reul. »Es war höchste Zeit, dass wir mit den Maßnahmen wie verstärkten Razzien begonnen haben. Und da müssen wir noch konsequenter dranbleiben, als es bisher der Fall war.« Die Razzien haben nach seiner Überzeugung auf die Dauer eine Wirkung und sind ein Teil der Lösung. Das Ziel des Ministers: »Wir wollen stören, die Täter nicht mehr in Ruhe lassen. Die können sich nicht mehr sicher sein.«





Die Razzien und Kontrollen verfolgen das Ziel, die kriminellen Geschäfte von Clanmitgliedern nachhaltig zu stören.

Fotos (2): Jochen Tack

»Follow the money«

Genau um diesen Bereich kümmert sich Michael Reska, Leiter des Dezernats »Finanzierung Organisierte Kriminalität, Terrorismus« im Landeskriminalamt und Mitglied der Task Force gegen Clankriminalität. Er beantwortete während des Symposiums Fragen rund um den so genannten »Follow-the-money«-Ansatz der NRW-Polizei. »Es geht darum, einen Überblick über die Vermögenswerte zu bekommen und zu schauen: Passt das legale Einkommen einer Person zu den Vermögenswerten, über die sie verfügt? Und wenn nicht: Wo kommt das Geld her?« Dabei geht es nicht nur um hohe Bargelddbeträge, sondern vor allem auch um hochwertige Fahrzeuge, teuren Schmuck oder Immobilien. »Das LKA arbeitet innerhalb der Task Force eng mit der Steuerfahndung und der Justiz zusammen. Damit haben wir auch in dieser kurzen Zeit schon gute Erfahrungen gemacht«, erklärte Reska. Die Wege seien kurz, was die Arbeit erleichtere. Außerdem wolle das LKA den Austausch mit Berlin, Bremen und Niedersachsen intensivieren. »Das sind die Bundesländer, in denen kriminelle Clans ebenfalls besonders aktiv sind.«

Austausch unter Experten

Auf vier Plattformen zu je drei »Themeninseln« konnten sich die Teilnehmer des Symposiums unter professioneller Leitung austauschen und gemeinsam innovative Ansätze zur Bekämpfung von Clankriminalität entwickeln. Die vier Plattformen zu den Bereichen »Prävention«, »Netzwerkarbeit«, »Einsatzwahrnehmung« und »Kriminalitätsbekämpfung« beschäftigten sich in den einzelnen Workshops unter anderem mit den Bereichen »Aussteigerprogramme«, »Zusammenarbeit mit der Justiz«, »Persönliche Einsatzerfahrungen und -belastungen« sowie »Informationsaustausch zu Clanfamilien und Intensivtätern«. In den Workshops standen namhafte Expertinnen und Experten für Fragen zur Verfügung, etwa die Berliner Oberstaatsanwältin Petra Leister, die dort für den Bereich Organisierte Kriminalität zuständig ist. In dem von ihr geleiteten Workshop fand ein Erfahrungsaustausch zur Bekämpfung der Clankriminalität über die Grenzen der Länder hinaus statt. Leister berichtete in diesem Zusammenhang über ihre Erfahrungen in der Bundeshauptstadt im Zusammenhang mit der Sicherstellung von Immobilien.

Am Ball bleiben

Am Ende waren sich alle Beteiligten einig: Kriminelle Mitglieder von Familienclans kann man nur erfolgreich bekämpfen, wenn alle an einem Strang ziehen. Eine große Herausforderung bildet dabei nicht nur die Bekämpfung der Kriminalität, sondern auch die Prävention und das Angebot an Ausstiegsmöglichkeiten. Nicht zuletzt ist dabei aber ein langer Atem wichtig. Dr. Daniela Lesmeister, Leiterin der Abteilung Polizei im Innenministerium, betont: »Die eng gesetzten Nadelstiche verunsichern die Szene. Einige Clanmitglieder befürchten, dass sie ihre Geschäfte nicht mehr weiterführen können. Andere gehen davon aus, dass der Polizei bald die Puste ausgeht. Das wird nicht der Fall sein. Die Ergebnisse dieses Tages bilden die Grundlage für weitere Maßnahmen und Projekte. Die andere Seite kann sich warm anziehen.«

/// Simone Bauer

»UNSER BOGEN IST

Sinnvolle Ergänzung zur polizeilichen Arbeit

Die ehemalige Generalstaatsanwältin Elisabeth Auchter-Mainz arbeitet seit Dezember 2017 im Auftrag des Justizministeriums als Opferschutzbeauftragte des Landes Nordrhein-Westfalen. Sie wird von einem erfahrenen dreiköpfigen Opferschutzteam unterstützt. Ihre Arbeit sieht sie nicht als Konkurrenz, sondern als Ergänzung des Polizeilichen Opferschutzes.

Anfangs hat es durchaus Vorbehalte bei der Polizei gegeben. »Was wollen Sie eigentlich noch?«, hörte sie da sinngemäß, »wir sind doch schon da.« Aber das hat sich sehr schnell gelegt. Die Zusammenarbeit mit den Opferschutzkommissariaten bei der Kriminal- und Verkehrspolizei sowie mit dem Dezernat 32 des Landeskriminalamts, bei dem u. a. das Thema Opferschutz angesiedelt ist, läuft rege und problemlos. Das gilt sowohl für die Ebene von Netzwerktreffen als auch für Nachfragen bei lokalen Polizeibehörden zu Hintergrund oder Sachstand konkreter Fälle. Eine wichtige Funktion ihrer Arbeit sieht Auchter-Mainz darin, den Menschen und ihren Anliegen zuzuhören. Sie gibt ihnen Auskünfte, holt Informationen für sie ein und vermittelt die Menschen an konkrete Ansprechpersonen z. B. in Fachberatungsstellen oder Opferhilfen vor Ort weiter. Um sich und ihre Arbeit vorzustellen, haben sie und ihr Team bereits vier große regionale Netzwerktreffen mit jeweils rund 100 Menschen durchgeführt, die professionell im Bereich Opferschutz in NRW arbeiten.

Das fünfte und letzte wird im Sommer in Münster folgen. Auch das große Medienecho auf die Einrichtung der Stelle einer Opferschutzbeauftragten hat viele Menschen auf ihre Arbeit aufmerksam gemacht und dazu motiviert, sich mit den unterschiedlichsten Anliegen an sie zu wenden.

Zahlreiche persönliche Anfragen

»Das sind zum Beispiel Personen, die teilweise bereits vor Jahren Opfer unterschiedlichster Straftaten geworden sind,« erläutert Auchter-Mainz: »Der Täter ist verurteilt worden und sie wollen jetzt wissen: Wann wird er entlassen? Hatte er schon Hafturlaub oder ist er noch in Haft?« Es kommen aber auch Fragen zu lange zurückliegenden Straftaten, berichtet Auchter-Mainz. Ein Beispiel: Ein Täter wurde zu einem Schmerzensgeld verurteilt, zahlt aber nicht. Daraufhin wendet sich das Opfer an die Opferschutzbeauftragte und erkundigt sich, was er unternehmen könne, um doch noch an das Schmerzensgeld zu kommen. Es melden sich aber auch Menschen, die erst unlängst Opfer einer Straftat geworden sind. »Diese Menschen wollen wissen, ob sie eine Anzeige erstatten sollen oder nicht. Wie das Verfahren danach abläuft, was konkret auf sie zukommt,«, führt Auchter-Mainz aus. In diesem Punkt unterscheidet sich die Arbeit der Opferschutzbeauftragten sehr vom Polizeilichen Opferschutz. »Wir müssen nicht dem Legalitätsprinzip folgen und jeder Tat nachgehen, von der wir Kenntnis erhalten. Bei uns kann auch erst einmal mit uns überlegt werden: Soll ich eine Strafanzeige erstatten oder nicht?« Ein weiterer Unterschied: Die Polizei ist in der Regel nur bis zum Ende des Ermittlungsverfahrens in Kontakt mit dem Opfer einer Straftat. Die Opferschutzbeauftragte kann sich auch um Anfragen zu Fällen kümmern, bei denen die Tat viele Jahre zurückliegt und juristisch verjährt ist, aber die Menschen immer noch belastet: »Unser Bogen ist weiter gespannt«, stellt Auchter-Mainz fest.

WEITER GESPANNT«



Elisabeth Auchter-Mainz wurde 1951 in Köln geboren. 1970 legte sie in Aachen ihr Abitur ab und studierte anschließend in Köln und Freiburg Jura. Nach ihrem Referendariat und dem Ablegen des 2. Staatsexamens wurde sie zunächst als Staatsanwältin in Köln eingestellt. Sie liebt Bergwandern, spielt Bridge und liest in ihrer Freizeit gern Biographien.

Lange nächtliche E-Mails

Viele Menschen wenden sich zuerst per E-Mail an die Opferschutzbeauftragte: »Nach jedem Wochenende erhalten wir Mails. Die Menschen wollen sich etwas von der Seele schreiben. Die Mails sind oft lang und werden spätabends oder sogar nachts geschrieben. Dann fassen sich die Menschen ein Herz, dann haben sie die Ruhe dazu.« Jede Mail wird beantwortet, und die Absender erhalten einen Rückruf. »Wir bieten persönliche Gespräche an und davon wird auch gerne Gebrauch gemacht, aber wir können das natürlich nicht in allen Fällen tun.«, so Auchter-Mainz.

Münster, Köln, Lügde

Im April 2018 war Auchter-Mainz nach der Amokfahrt in Münster im Einsatz, bei der vor dem Lokal Kiepenkerl ein Fahrzeug in die Außengastronomiefläche fuhr: »Das war eine ganz besondere Situation mit einer Vielzahl von Verletzten, traumatisierten Opfern und Angehörigen. Es waren ja auch mehrere Personen verstorben oder sie sind in den Wochen danach verstorben«, erinnert sie sich. »Das war eine Herausforderung für uns. Wir waren gerade erst wenige Monate tätig.« In den Tagen und Wochen nach der Amokfahrt haben ihr Team und sie mit allen Betroffenen Kontakt aufgenommen und dabei eng mit dem Polizeilichen Opferschutz und dem »Weisser Ring e.V.« zusammengearbeitet. Aufgabe der Mitarbeiter der NRW Opferschutzbeauftragten war es, die verschiedenen Hilfsangebote für die Menschen zu strukturieren und alle Informationen kompakt

für sie aufzubereiten – von Opferentschädigungs-, Schadenersatz- und Schmerzensgeldansprüchen bis zur Beratung in einer Traumaambulanz. »Das hat sich sehr bewährt«, sagt Auchter-Mainz: »So sind wir dann auch in den folgenden Fällen vorgegangen.« Das gilt etwa für den Brandanschlag auf den Schnellimbiss im Kölner Hauptbahnhof am 15. Oktober 2018, für die Amokfahrt von Bottrop und Essen in der Silvesternacht 2018/2019 und auch für die Missbrauchsfälle von Lügde. Dass sich einige Eltern von missbrauchten Kindern in Lügde durch Briefumschläge mit dem Absender der Opferschutzbeauftragten in ihrem Umfeld geoutet fühlten, bedauert sie: »Wir haben nicht damit gerechnet, dass das zu Problemen führen könnte. Künftig werden wir – um auch in Einzelfällen eine mögliche zusätzliche Belastung für Betroffene durch die Zustellung unserer Schreiben auszuschließen – neutrale Umschläge verwenden.«

Kaum Beratung für männliche Opfer

Neben der konkreten Opferhilfe hat der Justizminister Elisabeth Auchter-Mainz auch damit beauftragt, strukturelle und regionale Schwächen beim Opferschutz in NRW aufzudecken. Sie soll Vorschläge erarbeiten, wie diese Defizite zu beseitigen sind. Bei der Vorstellung ihres ersten Jahresberichts hat sie etwa darauf hingewiesen, dass es in NRW zu wenig Beratungsstellen für Männer gibt, die Opfer einer Straftat geworden sind. Sie möchte mit solchen Analysen und Hinweisen zur Verbesserung des Opferschutzes beitragen. // **Walter Liedtke**

NÄHERE INFORMATIONEN

Mehr Informationen zur Arbeit der Opferschutzbeauftragten des Landes NRW finden Sie auf der Internetseite des Justizministeriums: <https://www.justiz.nrw.de/BS/opferschutz/opferschutzbeauftragte/index.php>

EINFÜHLSAM, VORURTEILSFREI UND STRUKTURIERT VORGEHEN

Neuer Runderlass
sorgt für Klarheit

Ein einfühlsamer, vorurteils- und diskriminierungsfreier Umgang mit dem Opfer wird ihnen und ihrer Situation gerecht. Er stellt den Menschen, dem Leid angetan wurde, in den Mittelpunkt. Das schafft die Voraussetzung für eine funktionierende und vertrauensvolle Zusammenarbeit.

Kriminal- und Unfallstatistik

Wie notwendig und wichtig der professionelle polizeiliche Opferschutz ist, zeigt ein Blick in die Kriminal- und Unfallstatistik. Alleine bei den qualifizierten Opferdelikten (Straftaten gegen das Leben, gegen die körperliche Unversehrtheit, gegen die sexuelle Selbstbestimmung und Straftaten gegen die persönliche Freiheit) gab es im Jahr 2018 in NRW 247.812 Opfer. Erweitert man den Kreis der Delikte etwa auf den Wohnungseinbruchdiebstahl, so sind es in der Summe etwa eine Million Geschädigte, mit denen die nordrhein-westfälische Polizei pro Jahr Kontakt hat – und dies bei einem Kriminalitätsaufkommen von insgesamt etwa 1,28 Millionen erfassten Delikten. Bei Verkehrsunfällen weist die Statistik des Jahres 2018 für NRW 490 Verkehrstote und 13.961 Schwerverletzte als Anlass für eine Betreuung von Opfern und deren Angehörigen aus.

Opferschutz hat sich verändert

Lange fand die Situation der Opfer gesellschaftlich wenig Beachtung und auch ein professioneller und fürsorglicher polizeilicher Umgang war nicht die Regel. Opfer waren häufig lediglich wichtige Zeugen oder Spureenträger.

Doch in den letzten Jahrzehnten gab es erhebliche und erfolgreiche Anstrengungen für eine bessere Stellung der Opfer innerhalb und außerhalb eines Strafverfahrens. Besonders das Dritte Opferrechtsreformgesetz führte ab 2012 zu deutlichen Veränderungen. Dazu zählen die Erweiterung der Nebenklage, die Einführung der psychosozialen Prozessbegleitung oder der Anspruch auf Verständigung und Übersetzung bei Anzeigenerstattung und Vernehmung.

Partnerinstitutionen in VIKTIM finden

Ein Meilenstein für eine Verbesserung von Opferschutz und Opferhilfe war die Gründung der Opferschutzorganisation »Weisser Ring« im Jahr 1976. Zwischen ihm und dem nordrhein-westfälischen Innen- und Justizministerium wurden feste Kooperationsverträge zur Verbesserung der Situation der Opfer abgeschlossen. Daneben arbeiten in Netzwerken der Opferhilfe Vertreterinnen und Vertreter der Landschaftsverbände, von Traumazentren, der Justiz, von Beratungsstellen, der psychosozialen Prozessbegleitung und von sozialen Diensten auf örtlicher und regionaler Ebene eng mit der Polizei zusammen. Zur Vermittlung passender Hilfsangebote bedient sich die Polizei seit fast zwanzig Jahren einer Opferhilfedatenbank. Darin werden alle Hilfeeinrichtungen recherchierbar eingepflegt. Sie finden die Anwendung VIKTIM in EXTRAPOL (<http://www.viktim.extrapol.de/viktim/hilfeeinrichtungen>). Für NRW sind dort mehr als 1.600 Hilfeeinrichtungen aufrufbar.

Die Vorbehalte der Opfer

Trotz aller Verbesserungen erstatten Opfer in vielen Fällen keine Anzeige. Das gilt insbesondere für Vorkommnisse im familiären Umfeld, dem Freundeskreis oder am Arbeitsplatz. Sie tun dies oft aus Scham oder aus Angst vor persönlichen Konsequenzen. Auch Schuldgefühle spielen dabei eine Rolle.

Zur fehlenden Akzeptanz einer Anzeigenerstattung tragen aber auch negative Erfahrungen von Opfern bei, wie etwa

- > fehlende Sensibilität von Polizei und Justiz,
- > unbedachte Äußerungen, die zu Schuldgefühlen führen,
- > eine kahle und unfreundliche Wartezone in Dienstgebäuden,
- > fehlende Anwesenheit einer Person gleichen Geschlechts bei Anzeigenaufnahme oder Vernehmung, obwohl das vom Opfer gewünscht wird,
- > die Begegnung mit dem Täter in Dienstgebäuden etc.

Trotzdem führen in der Regel nur eine Strafanzeige und die sich anschließenden Ermittlungen zu dem Ergebnis, dass die Taten ein Ende haben, dass das Opfer erfährt, welche Umstände zur Tat geführt haben und welche Motive der oder die Täter hatten. >

Erst wenn diese Fragen beantwortet sind, kann nach der Verunsicherung wieder ein Gefühl von Sicherheit und Gerechtigkeit erwachsen.

Der neue Runderlass »Polizeilicher Opferschutz«

Mit dem Ende April 2019 in Kraft getretenen Runderlass des Ministeriums des Innern werden die wesentlichen Ergebnisse und Schlussfolgerungen der Landesarbeitsgruppe »Kriminalprävention und Opferschutz« und die gesetzlich normierten Mindeststandards aus der Strafprozessordnung und der EU-Richtlinie über Mindeststandards für die Rechte, die Unterstützung und den Schutz von Opfern von Straftaten in Form einer verbindlichen Festlegung der Aufgaben des polizeilichen Opferschutzes umgesetzt. Neben klar definierten Begriffsbestimmungen für Opfer, Opferschutz, Opferhilfe, Opfernachsorge und Polizeilichen Opferschutz werden die polizeilichen Aufgaben im Opferschutz im Erlass anhand der Phasen eines Ermittlungsverfahrens dargestellt, orientiert am Erstkontakt (meist die Einsatzbewältigung bzw. die Anzeigenerstattung), an der Sachbearbeitung und dem Fallabschluss.

Filmclips zu den Anforderungen im Opferschutz

Damit Opfer und insbesondere Polizeibedienstete besser informiert sind, hat die Bund-Länder-Projektgruppe »Polizeilicher Opferschutz« der Kommission »Polizeiliche Kriminalprävention« das Thema für Straftatenopfer und Polizei neu aufbereitet. Das Landeskriminalamt NRW stellt im Projekt die Leitung und Geschäftsführung. Das »Merkblatt für Opfer einer Straftat« (AVR 32) wird an jedes Opfer ausgehändigt. Es fasst Basisinformationen kompakt zusammen.

Die Arbeitsgruppe entwickelte außerdem Film-Clips zu den wichtigsten Anforderungen im Opferschutz wie beispielsweise:

- > Opfer werden – fünf Fallbeispiele
- > Die ersten Schritte
- > Ermittlungen und Strafprozess

Die Videos können gemeinsam mit den Opfern angesehen oder zur vertiefenden Information empfohlen werden. Sie sind zwischen zwei und vier Minuten lang und einzeln oder als zusammenhängender Film mit dem Titel »Opfern helfen – aber wie?«, abrufbar. Link zu den Filmclips: <https://www.polizei-beratung.de/opferinformationen/>

DIE FUNKTION DER OPFERSCHUTZBEAUFTRAGTEN

In jeder Kreispolizeibehörde gibt es namentlich benannte Opferschutzbeauftragte. Sie

- > sind polizeiliche Ansprechpartner nach innen und außen
- > geben die Leitlinien und Standards des polizeilichen Opferschutzes bekannt
- > unterstützen die Opferbetreuung in herausragenden Fällen und in besonderen polizeilichen Einsatzlagen
- > administrieren örtliche Einträge in der zentralen »Datenbank Opferhilfe«
- > wirken an der behördlichen Fortbildung zum Opferschutz und zur Opferhilfe mit
- > wirken in regionalen Gremien, Netzwerken, Arbeitskreisen und Besprechungen mit
- > erstellen behördenspezifische Informationen und Medien

DIE FUNKTION DES LANDESKRIMINALAMTS IN DER OPFERHILFE

Das Landeskriminalamt NRW

- > aktualisiert und pflegt auf Landesebene die zentrale »Datenbank Opferhilfe«
- > beteiligt sich an Netzwerkarbeit auf Landesebene und auf Ebene der Länder und des Bundes
- > führt landesweite Dienstbesprechungen zu Themen des polizeilichen Opferschutzes durch
- > unterhält die Informationsseiten zum Polizeilichen Opferschutz im INTRAPOL <http://intrapol.polizei.nrw.de/kriminalität/prävention/opferschutz> und <http://intrapol.polizei.nrw.de/Seiten/hilfsangebotepolizei.aspx>

Infopool Opferschutz

Neben den Internet-Informationen für Opfer und Interessierte gibt es einen speziellen »Infopool Opferschutz« (<http://polizei-beratung.extrapol.de/opferinformationen/infopool-opferschutz/>) für die Kolleginnen und Kollegen. Er ist nur im EXTRAPOL aufrufbar. Hier erhalten Polizeibedienstete Informationen darüber, wie sie sich einem Opfer gegenüber professionell verhalten. Der Infopool zeigt die speziellen Herausforderungen zu bestimmten Delikten und Phänomenen auf. Interessierte Polizeibedienstete können sich hier auch zum Thema Traumatisierung bzw. Psychotrauma kundig machen.

/// Christopher Ursuleack, IM NRW

@ Mehr Informationen zum Thema polizeilicher Opferschutz finden Sie online:
<https://polizei.nrw/opferschutz-8>



@ Online-Service für Verkehrsunfallopfer mit psychischen Folgen:
<https://hilfefinder.de>



NULL-TOLERANZ GEGENÜBER SEXUELLER GEWALT

Die neue Stabsstelle »Kinderpornografie« im Ministerium

Lehren aus Lügde: Die Polizei in NRW verstärkt ihren Kampf gegen Kinderpornografie und sexuellen Missbrauch von Kindern. Im Innenministerium hat die Stabsstelle »Revision der kriminalpolizeilichen Bearbeitung von sexuellem Missbrauch an Kindern und Kinderpornografie« ihre Arbeit aufgenommen. Sie ist direkt dem Minister unterstellt.

Für Kriminaldirektor Ingo Wunsch, Leiter der Stabsstelle, geht es um den grundsätzlichen Umgang der Polizei mit sexuellem Missbrauch an Kindern und Kinderpornografie. Letztlich gehe es darum, schneller und effektiver zu werden, neu zu denken. »Dazu verpflichtet uns das Wohl unserer Kinder«, sagt Wunsch.

Aufgaben der Stabsstelle

Der erfahrene Kriminalbeamte, der zuletzt als Dezernatsleiter im Landeskriminalamt für das Fachcontrolling und die kriminalpolizeiliche Fachaufsicht über die 47 Kreispolizeibehörden in NRW zuständig war, hat einen klaren Auftrag: Die polizeiliche Bearbeitung von Fällen sexuellen Missbrauchs an Kindern und Kinderpornografie grundlegend zu überprüfen. Es geht darum, Verfahren zu verbessern, neue Abläufe zu entwickeln und Strukturen zu schaffen, die die Verfolgung dieser Delikte effektiver machen. Denn wenn der Fall Lügde eines deutlich gemacht hat, dann, dass es Handlungsbedarf gibt. Innenminister Reul hat den Kampf gegen

Missbrauch und Kinderpornografie daher auch zur Chefsache gemacht. »Hinter Kinderpornografie stehen schrecklichste und verstörende Missbrauchstaten«, sagt er.

Dabei stellt schon die enorme Menge an auszuwertenden Daten in den Ermittlungsverfahren zu Kinderpornografie die Polizistinnen und Polizisten vor Probleme. Die hat in den letzten Jahren mit dem Fortschreiten der Speichertechnik deutlich zugenommen, und sie wird auch künftig weiter steigen, weiß Wunsch. Diese Daten zu sichern, aufzubereiten und auszuwerten ist nicht allein eine Frage des Personals. Dafür sind die Datenmengen schlicht zu groß. Hier geht es vor allem um technische Lösungen und deren Einbindung in die polizeiliche Arbeit. »Das alles wird zusätzlichen Aufwand in den Kreispolizeibehörden und im Landeskriminalamt auslösen«, sagt Wunsch, der auch über den Tellerrand hinausblicken soll. Was läuft möglicherweise in anderen Ländern besser, welche Lösungsansätze könnte oder müsste Nordrhein-Westfalen übernehmen? In die strategische Analyse sind die Vorarbeiten und Ergebnisse der Landesarbeitsgruppe >



Foto: Alexander Sucrow

Das Team der Stabsstelle: Leiter Kriminaldirektor Ingo Wunsch, Kriminaloberrätin Christine Frücht (l.) und Polizeihauptkommissarin Janine Eller

»Wir richten unseren Blick nach vorne, um gemeinsam unsere Arbeit in diesem besonderen Themenfeld nachhaltig zu optimieren. Das wird zusätzliche Aufwände in den Kreispolizeibehörden und dem Landeskriminalamt auslösen. Dazu verpflichtet uns das Wohl unserer Kinder.«

Ingo Wunsch, Leiter der Stabsstelle

EINSATZ

»Auswertungs- und Ermittlungsbedarfe im Phänomenbereich Kinderpornografie«, eingerichtet im Dezember 2018, sowie der Landesarbeitsgruppe »Auswertung von it-Asservaten«, eingerichtet im Januar 2018, eingeflossen.

Kampf gegen Kindesmissbrauch als das zentrale Thema der NRW-Polizei

Bei der Vorstellung der Strategie hat Minister Reul den Leiterinnen und Leitern der 47 Kreispolizeibehörden in Nordrhein-Westfalen deutlich gemacht, dass sie mehr Personal einsetzen müssen. »Es wird in den Behörden um kluge Prioritätensetzung bei der Personaldisposition gehen. Da, wo Brennpunkte sind, muss man Schwerpunkte setzen«, so Reul. Dazu haben die Behörden ihre Konzepte im August 2019 vorgelegt.

Reform der Struktur der Ermittlung

»Ich bin weiterhin fest entschlossen, die NRW-Polizei hier handlungsfähig zu machen«, sagt der Minister im Innenausschuss, als er den Mitgliedern des Landtages die ersten Arbeitsergebnisse vorstellt. Mit dem Maßnahmenpaket wurden die bisherigen Ermittlungsstrukturen schon kurzfristig optimiert. »Der Kampf gegen Missbrauch und Kinderpornografie ist«, so der Minister, »ein kriminalpolitischer und kriminalstrategischer Schwerpunkt der nordrhein-westfälischen Polizei.«

Auf Basis einer schonungslosen Bestandsaufnahme und der daraus gewonnenen Erkenntnisse der vergangenen Monate ist eine Gegenstrategie entstanden, mit der die große Zahl an noch unbearbeiteten Fällen im Bereich Kindesmissbrauch/Kinderpornografie systematisch aufgearbeitet werden soll. Dafür sind allein im aktuellen Haushaltsjahr zusätzlich 1,5 Millionen Euro bereitgestellt worden. Gut angelegtes Geld, in Personal, aber auch in Technik. Darüber hinaus wurden den Kreispolizeibehörden und dem Landeskriminalamt weitere 100 Stellen für Regierungsbeschäftigte zugewiesen. */// Streife Redaktion*

»Es wird in den Behörden um kluge Prioritätensetzung bei der Personaldisposition gehen. Da, wo Brennpunkte sind, muss man Schwerpunkte setzen.«

NRW-Innenminister Herbert Reul



Foto: IM-NRW

Innenminister Reul im Gespräch mit Kriminaldirektor Ingo Wunsch

MASSNAHMENPAKET

- > Kampf gegen Missbrauch und Kinderpornografie ist kriminalpolitischer und kriminalstrategischer Schwerpunkt der NRW-Polizei
- > Einrichtung der Landesarbeitsgruppe »Kinderpornografie« zum 03.12.2018
- > Einrichtung der Stabsstelle »Kinderpornografie« zum 23.04.2019
- > Bereitstellung von 1,5 Millionen Euro im Jahr 2019 für die Entwicklung innovativer Technik und von Softwarelösungen
- > Entwicklung umfassender örtlicher Maßnahmenkonzepte durch die Kreispolizeibehörden
- > Aufstockung des Personals von 104 Stellenanteilen auf 220 Stellenanteile (Stand: 03.09.2019)
- > Einführung eines spezifischen Landescontrollings
- > Implementierung einer zentralen Aufbereitung und Auswertung von Bild- und Videodateien im Landeskriminalamt NRW bis Ende 2020
- > 24 zusätzliche Stellen für die Zentrale Auswertungs- und Sammelstelle »Kinderpornografie« im Landeskriminalamt NRW zur Stärkung zentraler Aufgaben
- > 100 zusätzliche spezifische Stellen (Regierungsbeschäftigte) für die Kreispolizeibehörden und das Landeskriminalamt NRW
- > Ausbau von Betreuungs- und Supervisionsangeboten für die Menschen in der NRW-Polizei, die sich mit kinderpornografischen Daten befassen
- > 331 zusätzliche Fortbildungsplätze noch im Jahr 2019 beim Landesamt für Ausbildung, Fortbildung und Personalangelegenheiten in den Bereichen
 - > Kinderpornografie
 - > Sexualdelikte
 - > Anhörung von Kindern
 - > Auswertung von IT-Daten



Der ausführliche Bericht zu den ersten Arbeitsergebnissen ist hier zu finden:

<https://www.im.nrw/themen/polizei/nrw-verstaerkt-kampf-gegen-kinderpornografie-und-missbrauch>





HART AN DER GRENZE

POLIZISTEN AUS NRW IN NORDGRIECHENLAND

SICHERUNG DER EU-AUSSENGRENZE

Kürzlich besuchte NRW-Innenminister Herbert Reul die deutsche FRONTEX-Mission zum Schutz der EU-Außengrenzen in Nordgriechenland. Polizistinnen und Polizisten aus NRW sind dort als »Border Surveillance Officer« im Einsatz. Die »Streifen« hat mit ihnen gesprochen.

Die Ebene um den Grenzort Idomeni wird auch als »Flaschenhals Europas« bezeichnet. Im Tal ist die Grenze leichter zu überqueren als anderswo. Außerdem führt die wichtigste Bahnverbindung von Griechenland in den Norden durch diesen Ort. Deswegen passieren viele Menschen auf ihrer Flucht Idomeni. Auf dem Höhepunkt der Flüchtlingswelle im Februar 2016 hat es hier gewaltsame Ausschreitungen gegeben. Aktuell erreichen immer noch Menschen die Grenze, entweder zu Fuß von Thessaloniki oder als illegale Mitfahrer auf Güterzügen. Am Bahnhof Idomeni springen sie ab und verstecken sich im Unterholz oder in leerstehenden Gebäuden. Ich erreiche den Ersten Polizeihauptkommissar (EPHK) Volker Stahl, Polizeioberkommissar (POK) Alexander Rankovic und Polizeihauptkommissarin (PHKin) Muna Mougawaz noch vor Ort während ihres zweimonatigen Einsatzes.

Menschen auf der Flucht

Muna Mougawaz begegnet täglich Menschen, die sich nach Mitteleuropa durchschlagen wollen und dafür große Strapazen auf sich nehmen: »Gestern hatten wir eine größere Gruppe, ausschließlich Syrer, das war in letzter Zeit sehr selten. Traurig war: Es waren auch einige Kinder dabei, das kleinste war ein halbes Jahr alt. Einer aus der Gruppe sprach sehr gut Englisch und sagte, sie schlafen seit vielen Tagen mit dem Baby im Wald.« Auf Widerstand oder Gegenwehr stoßen die NRW-Beamten selten: »Die Menschen sind ganz froh, wenn wir sie aufgreifen«, berichtet Mougawaz. Sie sind oft tagelang unterwegs, übernachten bei Wind und Wetter draußen, wissen nicht, wo sie etwas zu zu essen herbekommen sollen. Viele haben wund gelaufene Füße, nasse Schuhe oder dreckige Kleidung. »Bei uns bekommen sie ein Dach über dem Kopf, etwas zu essen und zu trinken und Erste Hilfe. Sie können auch ihre Handys aufladen, um mit Angehörigen zu telefonieren«, so Mougawaz. >



Muna Mougawaz im Gespräch mit einer Gruppe von Flüchtlingen.



PHKin Muna Mougawaz



Trotz moderner Überwachungstechnik ist der persönliche Einsatz vor Ort unverzichtbar.

Körperlich fordernder Einsatz

Die Polizisten aus NRW unterstützen bei diesem Einsatz die Bundespolizei. Sie sind immer im Team mit einem Kollegen von der Bundespolizei und den griechischen Kollegen unterwegs und arbeiten im Wechseldienst tagsüber, aber auch nachts. Volker Stahl: »Nachts fahren FRONTEX-Kollegen aus anderen Ländern mit sogenannten »Thermovision«-Fahrzeugen, die mit Nachtsichtgeräten ausgerüstet sind, um die Menschen zu orten, die sich auf den Weg gemacht haben, und wir spüren die Menschen dann auf.« Bei dieser Arbeit wird voller Körperinsatz benötigt: »Dann geht es nachts auch schon einmal einige Kilometer durch Weizenfelder oder Dornengestrüpp«, so Stahl. Wenn man sich einer Gruppe nähert und sie die Polizisten erkennen, laufen sie weg. Meist sind sie jedoch durch ihre Flucht erschöpft und werden recht schnell eingeholt. »Man kommt nach so einem Einsatz durchgeschwitzt und verdreht zurück und vielleicht auch mit aufgekratzten Armen wegen des Dornengestrüpps.«



EPHK Volker Stahl



Auch Güterwaggons werden als Versteck für die Flucht Richtung Mitteleuropa genutzt.

Sprachkenntnisse sind hilfreich

Alexander Rankovic helfen vor allem seine guten Sprachkenntnisse bei der Arbeit: »Mein Vater kommt aus Serbien. Ich spreche neben Englisch auch fließend Serbisch und auch Griechisch. Ich kann sogar für die Griechen übersetzen, wenn wir mit den Kollegen in Nordmazedonien zu tun haben.« Die Auslandseinsätze sind für ihn eine wichtige berufliche Motivation: »Ich bin schon das dritte Mal hier. Für mich habe ich einen Aufgabenbereich gefunden, der mich sehr erfüllt, der eine gute Abwechslung zu meinem alltäglichen Aufgabenbereich in Düsseldorf ist. Es ist spannend, mit den Kollegen aus Litauen, Tschechien, Polen, den Niederlanden und anderen Ländern zusammenzuarbeiten.«, so Rankovic.



POK Alexander Rankovic

Auch seine Kollegin Muna Mougawaz profitiert bei diesem Einsatz von ihrem familiären Hintergrund: »Mein Vater ist Syrer und ich spreche neben Englisch auch ein paar Brocken Arabisch. Deshalb konnte ich gestern auch gut einschätzen, dass es wirklich Menschen aus Syrien waren, die wir aufgegriffen haben«, erläutert sie. Ihr bringen diese Auslandseinsätze auch persönlich etwas: »Wenn man einmal an einer EU-Außengrenze im Einsatz war, bekommt man einen ganz anderen Blick auf seinen eigenen Alltag. Man weiß dann erst einmal zu schätzen, wie gut es einem zuhause geht«, so Mougawaz. »Die Freiheit, sich frei bewegen zu dürfen – das gibt es in anderen Ländern nicht.«



Die Grenzschutzanlagen zwischen Griechenland und Nordmazedonien sind oft nicht in gutem Zustand, auch die mangelnde Ausrüstung der griechischen Polizei erschwert die Grenzsicherung aus eigener Kraft.

INNENMINISTER REUL: FRONTEX-EINSATZ VERSTÄRKEN

Die EU-Agentur FRONTEX wurde 2004 gegründet. Sie sichert die EU-Außengrenzen. Mit Menschen und Material hilft sie außerdem operativ an den Grenzen der Mitgliedsstaaten, bekämpft dort Kriminalität und unterstützt bei Rückführungen. »Wir können nicht nur schlaue Worte darüber verlieren, dass die EU-Außengrenzen gesichert werden müssen, selbst aber nicht bereit sein, zu helfen«, sagte NRW-Innenminister Herbert Reul bei seinem Besuch in Nordgriechenland. Die nordrhein-westfälische Polizei unterstützt den Schutz der EU-Außengrenzen derzeit mit sieben Polizeibeamtinnen und Polizeibeamten. Reul will die Zahl der Polizisten im FRONTEX-Einsatz verdoppeln: »Jeder, der geht, fehlt uns an allen Ecken und Enden, aber ich glaube, dass die Aufgabe wichtig ist und man im Ausland auch unendlich viel lernt.« Anders als viele andere Ausgaben der EU sei die FRONTEX-Mission »eine Investition, der die Bürger auch zustimmen, weil man sofort sieht, wie nötig das ist«, so Reul.

Gut vorbereitet für den Einsatz

Die drei Einsatzkräfte aus NRW fühlen sich ihrer Aufgabe voll gewachsen und machen sie gern, erklärt Volker Stahl: »Wir sind auf den Einsatz gut vorbereitet worden, wir sind gut ausgestattet, wir tragen immer eine Schutzweste. Vor allem ist wichtig: Da arbeiten Polizisten des Bundes, aus NRW und Griechenland im Team. Mit der notwendigen Vorsicht und Eigensicherung ist die Lage gut zu bewältigen. Ein griechischer Kollege sagte mal: »One team, one family, one task.« Das trifft die Sache.«

/// Walter Liedtke



Fotos (7): Jochen Taack

INTERESSE AM AUSLANDSEINSATZ?

Wer selbst an einem Einsatz für die Polizei NRW im Ausland teilnehmen will, kann sich beim Dezernat für Auslandsverwendungen des Landesamts für Ausbildung, Fortbildung und Personalangelegenheiten (LAFP) NRW melden, entweder per Mail unter dez13.geschaeftszimmer.lafp@polizei.nrw.de oder telefonisch unter 02232/56-1301 bzw. -1302. Dort können Sie sich auch zu den Tätigkeiten, Einsatzorten und zu den benötigten Voraussetzungen sowie zum Auswahlverfahren beraten lassen.

NRW-Innenminister Herbert Reul im Gespräch mit EPHK Volker Stahl (rechts) sowie PHK'in Muna Mougawaz und POK Alexander Rankovic

DER SPEZIALAUFTRAG: BEWEISSICHERUNG UND FESTNAHME



Die BFE Bochum in voller Ausrüstung im Übungseinsatz

*Das Polizeipräsidium Bochum macht den Auftakt.
Bis 2021 werden weitere Einheiten in Köln und Wuppertal aufgebaut.*



Die BFE soll in brenzligen Situationen gerichts-feste Beweise sichern. Mit Köpfchen und notfalls auch mit Kraft«, so brachte es Innenminister Herbert Reul bei der Indienststellung der ersten Beweissicherungs- und Festnahmeeinheit (BFE) in Bochum auf den Punkt. Die Aufgabe der neuen Einheiten: Sie gehen bei Demonstrationen, Razzien und Ausschreitungen gegen Störer und Straftäter vor. Rechtsbrüche von Gewalttätern dokumentieren sie gerichtlich verwertbar. An Brennpunkten wenden sie spezielle Zugriffstechniken an, um Straftäter aus der Masse herauszunehmen. Das ist keine leichte Aufgabe. Deshalb haben die BFE-Angehörigen den besonderen Respekt von Innenminister Herbert Reul. Einsätze wie beim G20-Gipfel in Hamburg im Jahr 2017, bei diversen Fußballspielen und Demonstrationen, aber auch Einsätze zur Kriminalitätsbekämpfung zeigen, wie anspruchsvoll die beweisichere Überführung teils hoch gewaltbereiter Täter sein kann. Bis zum Jahr 2021 werden an den Standorten Bochum, Köln und Wuppertal drei Beweissicherungs- und Festnahmehundertschaften (BFH) mit jeweils zwei BFE in Dienst gestellt. NRW war bisher das einzige Bundesland, das nicht über vergleichbare Formationen verfügte.

/// Redaktion Streife



Fotos (4): Jochen Tack

DIE AUFGABEN DER BFE/BFH

- > Fest- und Ingewahrsamnahmen
- > Durchsuchung von Objekten
- > Räumungen, insbesondere im Zusammenhang mit Besetzungen
- > Razzien
- > Vorgehen bei gewalttätigen Aktionen



Es gilt, auch körperlichen Widerstand zu brechen und das Gewaltmonopol des Staates durchzusetzen.

ERFAHRUNGSBERICHT RAZZIA

ROCKERPARTY IN CLUBHAUS KONTROLLIERT

BFE bewährt sich im Einsatz

»Im Rahmen der Einführungsfortbildung BFE haben wir uns immer wieder intensiv mit Razzien und dem taktischen Vorgehen in Gebäuden beschäftigt. Am Ende waren wir gespannt: Wird das Erlernte in der Praxis so reibungslos funktionieren wie im Training?« Zwei BFE-Beamte berichten.

Die Einführungsfortbildung umfasste viel theoretischen Input und zahlreiche praktische Übungssequenzen. Nun waren wir voller Vorfreude auf die ersten Einsätze. Endlich war der Tag gekommen, an dem eine taktisch durchaus anspruchsvolle Razzia anstand. Dabei handelte es sich um eine Rockerparty in einem Clubhaus, bei der wir das Überraschungsmoment nutzen wollten, um in das Gebäude einzudringen. Danach sollten wir die Personalien aller vor Ort befindlichen Personen feststellen und die Personen und das Objekt durchsuchen.

Die Anspannung bei uns war spürbar. Allerdings wussten wir auch, dass wir genau auf derartige Szenarien vorbereitet worden waren. Dank der ausführlichen Aufklärungsarbeit, des zielgerichteten Trainings auf den Einsatz in den Fortbildungstagen zuvor und der umfangreichen Einsatzbesprechung hatten wir eine klare Vorstellung vom Ablauf des Einsatzes.



PK Marvin Wendtland, BFE



PK'in Johanna Knott, BFE

Fotos (2): Polizei NRW

Von Minute zu Minute stiegen die Anspannung und die Konzentration bei allen – bis zum Moment des tatsächlichen Einschreitens. Mit dem »Go« des Zugführers wurde diese Anspannung nun entladen und wir rannten schlagartig los. Als Team erreichten wir das Zielobjekt und das Überraschungsmoment war geglückt. Sofort wich das Adrenalin der Bestätigung, dass sich die ganze Vorbereitung gelohnt hatte. Auch wenn der Einsatz noch mehrere Stunden dauerte und es Zeit in Anspruch nahm, bis alle Personen und das Objekt strukturiert abgearbeitet waren, merkte man allen die Zufriedenheit über den Verlauf des Einsatzes an. Die Einführungsfortbildung dauerte 60 Tage und war ein echter Schlauch! Aber nach so einem Einsatz weiß man auch, wofür man sich gequält hat. Das Thema »Razzia« war ein großer Bestandteil des Trainings. Dann zu erleben, dass das Trainierte in der Realität so gut funktioniert, war schon super!

/// Johanna Knott und Marvin Wendtland, BFE

IHR WEG ZUR BFE ODER BFH

Formale Voraussetzungen:

- > Polizeibeamter/-beamtin LAII der Besoldungsgruppen A9 bis A11
- > Mindestens zweijährige Verwendung in der Bereitschaftspolizei, die nicht länger als drei Jahre zurückliegt

Bei angehenden Gruppenbeamten der BFE wird zunächst die physische Eignung überprüft. Dann folgt ein Vorstellungstermin bei einer Auswahlkommission. Die genauen Anforderungen und persönliche Ansprechpartner finden Sie in der Rubrik »Auswahlverfahren« auf den Intranetseiten der BFE sowie der Polizeipräsidien Bochum, Köln und Wuppertal.

NEUES AMOK-TE-ZENTRUM**EX-BAUMARKT WIRD ZU TRAININGSZENTRUM**

Besondere Einsatzszenarien der Polizei werden jetzt auch in einem neuen Trainingszentrum in Bochum-Langendreer geprobt. NRW-Innenminister Herbert Reul eröffnete die AMOK-TE-Halle in einem ehemaligen Baumarkt.

Einsatzkräfte aus dem Ruhrgebiet sollen optimal auf Amokläufe und terroristische Einsatzsituationen vorbereitet sein. Das richtige Verhalten können sie ab jetzt in der AMOK-TE-Halle trainieren. Sie befindet sich in einem ehemaligen Baumarkt im Stadtteil Langendreer. In der Halle ist Platz für realistische Einsatzumgebungen. Die Polizeipräsidien Essen, Bochum, Gelsenkirchen, Oberhausen und Recklinghausen werden die neue AMOK-TE-Halle nutzen.

/// Redaktion Streife



Foto: PP-Essen

SCHULUNGSZENTRUM NEUSS**FORTBILDUNG UND TRAINING FÜR ERMITTLER RAUMSITUATION UND AUSSTATTUNG STARK VERBESSERT**

Das »Bildungszentrum Neuss« der Polizei NRW ist umgezogen. Es befindet sich jetzt im völlig sanierten und umgebauten Gebäude der alten Pädagogischen Hochschule im Ortsteil Gnadental.

» Mit dem modernen Bildungszentrum stärken wir die Fortbildung von Kriminalistinnen und Kriminalisten sowie Verkehrsexperten«, sagte Michael Frücht, Direktor des Landesamts für Aus- und Fortbildung NRW (LAFP NRW). Am neuen Standort finden zahlreiche Fortbildungsmaßnahmen für Polizeivollzugsbeamtinnen und -beamte sowie

Regierungsbeschäftigte im Polizeidienst, insbesondere im Bereich der Kriminalitätsbekämpfung und der Verkehrssicherheitsarbeit statt. Die großzügigen und modernisierten Räume stehen darüber hinaus für Tagungen, Kongresse und Großveranstaltungen zur Verfügung. Im Bildungszentrum Neuss befindet sich auch das dezentrale Liegenschafts- und Veranstaltungsmanagement der Zentralabteilung. Neben Hörsälen, Computerräumen und Tonstudios gibt es im sanierten Altbau aus dem Jahr 1970 auch Tatort-Wohnungen, in denen Gewalt-Delikte inszeniert werden, um etwa die Spurensicherung trainieren zu können, und Laboratorien, in denen diese Spuren ausgewertet werden.

Insgesamt hat das Innenministerium 900 Millionen Euro zur Verfügung gestellt, um den Renovierungsstau bei



Foto: LAFP

den 1.400 Liegenschaften der nordrhein-westfälischen Polizei abzubauen. »Die Gebäude sind oft in einem jämmerlichen Zustand«, erläuterte Innenminister Herbert Reul bei der Eröffnung des neuen Domizils des Bildungszentrums in Neuss. Gegenüber den Polizistinnen und Polizisten der Polizei NRW, die zur Eröffnung erschienen waren, betonte er die Notwendigkeit angemessener Räumlichkeiten »Für Sie ist uns kein Haus zu gut«.

/// Redaktion Streife



Foto: Jochen Taack

MODERNE ARBEITSPLÄTZE

NEUES POLIZEIPRÄSIDIUM IN AACHEN BEZOGEN

Das neue Aachener Polizeipräsidium bietet moderne Arbeitsplätze für die rund 1.200 Mitarbeiterinnen und Mitarbeiter. Das Gebäude verfügt über 1.000 Zimmer auf einer Fläche von rund 22.500 Quadratmetern. Die großen Glasflächen des Foyers vermitteln Offenheit und Bürgernähe. Vom dortigen Infopoint sind sämtliche Dienststellen im Haus schnell und barrierefrei zu erreichen.

An das Foyer grenzt im Erdgeschoss eine öffentliche Kantine, die täglich auch für Bürgerinnen und Bürger geöffnet hat. Das Polizeigewahrsam entspricht aufgrund seiner technischen Einrichtungen im Bereich der Beobachtungszellen dem aktuellen Sicherheitsstandard. Die Labore der kriminaltechnischen Untersuchung sind so konzipiert, dass auch Neuerungen der Spurenkunde oder Veränderungen in der

Technik in Zukunft jederzeit in den Räumen ergänzt oder erweitert werden können. Einen »Tag der offenen Tür« hat die Aachener Polizei für das Jahr 2020 geplant.

/// Redaktion Streife



@ Link zum Video:

<https://polizei.nrw/artikel/neues-polizeipraesidium-in-aachen-eingeweiht>



ERNSTHAFT, OFFEN, AUTHENTISCH

Der Minister tourt mit der neuen Reihe
»Minister vor Ort« durch das Land
und stellt sich den Fragen der Beschäftigten.
Wir haben ihn bei einem Termin
am Niederrhein begleitet.



NRW-Innenminister Herbert Reul in der Diskussion mit Polizistinnen und Polizisten in Kleve.

Im Klever Tichelpark-Kino trifft Innenminister Herbert Reul mit Polizistinnen und Polizisten aus Oberhausen, Wesel, Duisburg und Essen zusammen. Auch Kolleginnen und Kollegen der Wasserschutzpolizei, des Landeskriminalamt (LKA) und des Landesamt für Zentrale Polizeiliche Dienste (LZPD) sind mit vielen Fragen rund um Personal, Technik oder Digitalisierung angereist.

Es gelingt dem Minister schnell, den Polizistinnen und Polizisten eine Brücke zu ihren zahlreichen Fragen zu bauen: »Ich will zuhören und ins Gespräch kommen. Was haben Sie auf dem Herzen?«

In gelösterer Stimmung kommen nun zahlreiche Fragen aus dem Auditorium, die der Minister beantwortet – unterstützt von Dr. Daniela Lesmeister, der Leiterin der Polizeiabteilung.

Hohe Einstellungszahlen – sinkende Qualität?

Polizeioberkommissarin (POK) Rebecca Hillen aus der Kreispolizeibehörde Wesel hat die Befürchtung, dass die Qualität der Studierenden bei der hohen Einstellungszahl von 2.500 Personen sinken wird. Minister Reul stellt klar, dass die Kompetenzen weiterhin stimmen müssen. Bei der körperlichen Fitness darf nach seiner Ansicht nachgearbeitet werden. Er stellt fest, dass sich das Recruiting verändern muss. Auch junge Menschen in einer Ausbildung seien eine wichtige Zielgruppe, die bislang zu wenig beachtet wurde.

Fachorientiertes Recruiting

Ein ähnliches Thema spricht Dr. Hellmut Mahler, Sachverständiger für Betäubungsmittel und Toxikologie des LKA, an. Es sei erforderlich, in der freien Wirtschaft heiß umworbene externe Fachkräfte, zum Beispiel im Bereich IT, Cybercrime oder mit technisch-naturwissenschaftlichen Qualifikationen zu gewinnen und auch langfristig zu binden. Dazu gehörten auch entsprechende Angebote zu Aufstiegsmöglichkeiten für Regierungsbeschäftigte. Minister Reul gesteht, hierzu keine abschließende Meinung zu haben. Fachorientiertes Recruiting sei aber der erste Schritt, um das spezialisierte Personal zu gewinnen. Er wirft die Frage auf, ob es sinnvoll sein könnte, zudem auch Polizeikräften eine Zusatzausbildung zu ermöglichen, etwa im Bereich IT.

Rückkehr zur »alten Kriminallaufbahn«

Zu diesem Thema passt auch die Frage eines Polizisten des Kriminalkommissariats Emmerich, ob die »alte Kriminal-Laufbahn« wieder eingeführt werden soll, um die Qualität der Ausbildung im K-Bereich zu erhöhen. Diese Variante ist für Herbert Reul derzeit keine Option. Er setzt auf den direkteren Weg, Spezialisten mit dem neuen Programm »Spezialisten zu Polizisten« zu K zu bringen. Die Ausbildung wieder umzustellen, nehme viel Zeit und Personal in Anspruch.

Digitalisierung der Polizeiarbeit

Ein weiteres Thema des Tages ist die Digitalisierung bei der Polizei NRW. »Es gibt gute Technologien heutzutage, wir müssen jetzt einfach anfangen!« sagt Minister Reul. Mit unterstützenden Apps und neuer Software sollen beispielsweise Auswertungen von Videos mit kinderpornografischen Inhalten leichter und effizienter werden. Die Umsetzung der Digitalstrategie sei weiter in der Überarbeitung. Oft habe es bei der Umsetzung aber an technischen oder auch politischen Hürden, zum Beispiel am Datenschutz, die es zu überwinden gelte.

»Das alles können wir nur zusammen schaffen! Die Bürger sollen sich sicherer fühlen und dafür brauche ich Sie alle! Ich kann Ihnen nicht versprechen, dass alles, was Sie mir sagen, sofort verändert wird, das geht nicht, dafür braucht es Zeit. Aber Sie müssen mir Anregungen geben! Wir kümmern uns dann darum, ob und wie wir etwas verändern können.«

Herbert Reul, Minister des Innern des Landes NRW

Der Minister erklärt zudem die aktuelle Fortbildungsrahmenkonzeption. Sie hat das Ziel, die Fortbildungen effizienter zu gestalten. Oberste Priorität sollen dabei die spezialisierten Fortbildungen haben. »Lieber weniger Fortbildungen besuchen, aber dafür die wichtigsten«, findet der Minister. Auf den Vorschlag, einige Fortbildungen mittels E-Learning im Intrapol anzubieten, kündigt Frau Dr. Lesmeister an, dass es zum Beispiel für den Einsatz der Bodycam einen entsprechenden Lehrfilm geben wird.

Die weitere Fragenpalette ist bunt gemischt und behandelt Themen wie Hambacher Forst, internationale Zusammenarbeit, Technik der Leitstellen, Organisation der Wasserschutzpolizei, Gewalt gegen Einsatzkräfte, vIVA und Clankriminalität. Nicht alle Fragen können direkt zur Zufriedenheit der Polizistinnen und Polizisten beantwortet werden. Zum Beispiel die Frage, wie man der Überalterung in der Direktion Verkehr oder in ländlichen Behörden entgegenwirken kann oder zum Sachstand der Lebensarbeitszeitkonten.

Minister Reul betont, dass viele Herausforderungen nur gemeinsam und Stück für Stück abgearbeitet werden können.

/// Janine Eller, IM NRW



»Herr Reul hat mir das Gefühl gegeben, dass ihm wirklich an uns gelegen ist und er auf unserer Seite steht.«

Rebecca Hillen, Streifenbeamtin PW Moers, LR Wesel



»Minister Reuls Aussage »Wir schaffen das nur zusammen« hat mich wieder daran erinnert, wie stolz ich bin, zur »Familie Polizei« zu gehören.«

Thomas Hornbücher, LZPD

KRIMINALITÄT GEHT ERNEUT STARK ZURÜCK

Im vergangenen Jahr gab es die beste Aufklärungsquote in der Geschichte der Polizei NRW und fast ein Viertel weniger Einbrüche. Das geht aus der polizeilichen Kriminalstatistik (PKS) 2018 hervor. »Die Zahlen sind gute Nachrichten und ein Zeugnis professioneller Polizeiarbeit«, sagte NRW-Innenminister Herbert Reul bei der Vorstellung der Statistik.

Nordrhein-Westfalen ist im Jahr 2018 noch einmal sicherer geworden. Die Zahl der Straftaten sank um 6,7 Prozent. Das ist der niedrigste Stand seit 1991.

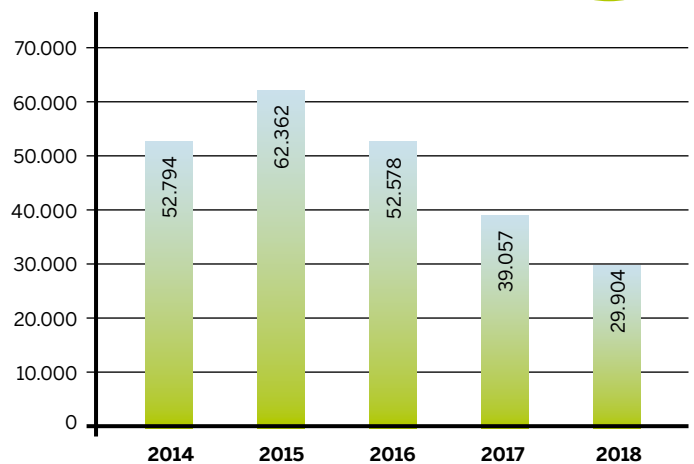
Einbrüche und Diebstähle

Die Zahl der Wohnungseinbrüche in Nordrhein-Westfalen sank 2018 um 23,4 Prozent. »Seit 2014 hat sie sich somit halbiert, zuletzt befanden wir uns 1981 auf diesem Niveau. Die Maßnahmen der letzten Jahre zeigen eine deutliche Wirkung«, so der Minister. Auch insgesamt ging die Zahl der Diebstähle deutlich zurück. Im Jahr 2018 zählte die Polizei 9,2 Prozent weniger als im Jahr zuvor. Die Zahl sank von 549.916 auf 499.101. Beim Taschendiebstahl verzeichnet die Polizeiliche Kriminalstatistik im Vergleich zu 2017 ein Minus von 17 Prozent auf 34.064 Fälle (2017: 41.178). »Das ist wirklich eine sensationelle Entwicklung«, sagte Innenminister Reul.

Wohnungseinbruchsdiebstahl

Zeitraum 2014 – 2018

**Rückgang
-23,8 %
(2017–2018)**

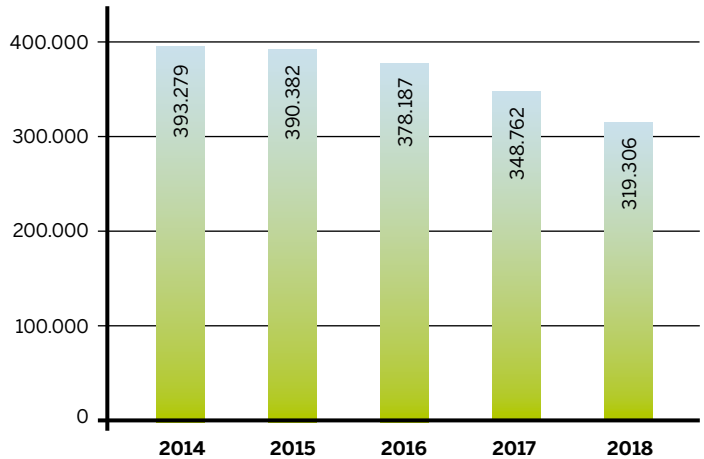


Quelle: Polizeiliche Kriminalstatistik 2018 | IM NRW

Straßenkriminalität

Zeitraum 2014 – 2018

Rückgang
-8,5 %
(2017–2018)



Gewaltkriminalität

Auch die Gewaltkriminalität ging zurück – darunter fallen Mord und Totschlag, Körperverletzungen mit Todesfolge sowie gefährliche und schwere Körperverletzungen. 45.300 Fälle wurden hier registrierte, ein Rückgang von 3,7 Prozent im Vergleich zu 2017. Dreiviertel dieser Straftaten wurden aufgeklärt. Das wiederum ist die beste Quote seit 1985. So wurden von den 382 Straftaten gegen das Leben 96,5 Prozent aufgeklärt. Eine positive Entwicklung gab es im Jahr 2018 auch auf dem Feld der Straßenkriminalität. Hier sanken die Fallzahlen von 348.762 auf 319.306 – ein Rückgang um 8,5 Prozent. Das ist der niedrigste Wert, der jemals registriert wurde. »Das sind Straftaten, die das Sicherheitsempfinden der Menschen ganz direkt berühren. Mit traumatischen Folgen für Opfer und Angehörige. Die Entwicklung ist zwar erfreulich, aber kein Grund sich auf die Schulter zu klopfen und auszuruhen«, so Reul.

Sexualdelikte

Der Minister ging bei seiner Vorstellung auch auf die Entwicklung bei Sexualdelikten ein. Die Aufklärungsquote in diesem Bereich lag bei 83,5 Prozent. Doch Reul warnte auch vor besorgniserregenden Entwicklungen im Bereich von Sexualdelikten, die wesentlich häufiger als in der Vergangenheit angezeigt würden: 14.076 Fälle wurden registriert. Im Vergleich zum Vorjahr war dies ein Anstieg um 1.190 Fälle, plus 9,2 Prozent, vor allem bei den sexuellen Übergriffen. »Das verharmlosend genannte »Antatschen« ist kein Spaß und kein schlechtes Benehmen, das sind Sexualstraftaten. Das nimmt die Gesellschaft schlicht nicht mehr hin. Nicht zuletzt durch die »Me-Too-Debatte« werden diese Delikte häufiger zur Anzeige gebracht. Ich begrüße das ausdrücklich«, sagte Reul.

Ausländerkriminalität

Von insgesamt 457.275 Tatverdächtigen hatten im Jahr 2018 155.141 Menschen keinen deutschen Pass. Das sind rund ein Drittel aller Tatverdächtigen. Der Bevölkerungsanteil von Ausländern in NRW beträgt lediglich 12,4 Prozent. Der Minister warnt jedoch vor Vereinfachungen: »In diese Statistik fließen auch Ausländer ein, die extra aus ihrer Heimat kommen, um in Nordrhein-Westfalen Straftaten zu begehen. Die Zahlen eignen sich nicht, um gegen Ausländer, die hier leben und arbeiten, Stimmung zu machen oder zu hetzen«, sagte Reul.

/// Redaktion Streife

Foto: Jochen Tack

VERKEHRsunfallstatistik 2018

ZWEIRADFAHRER

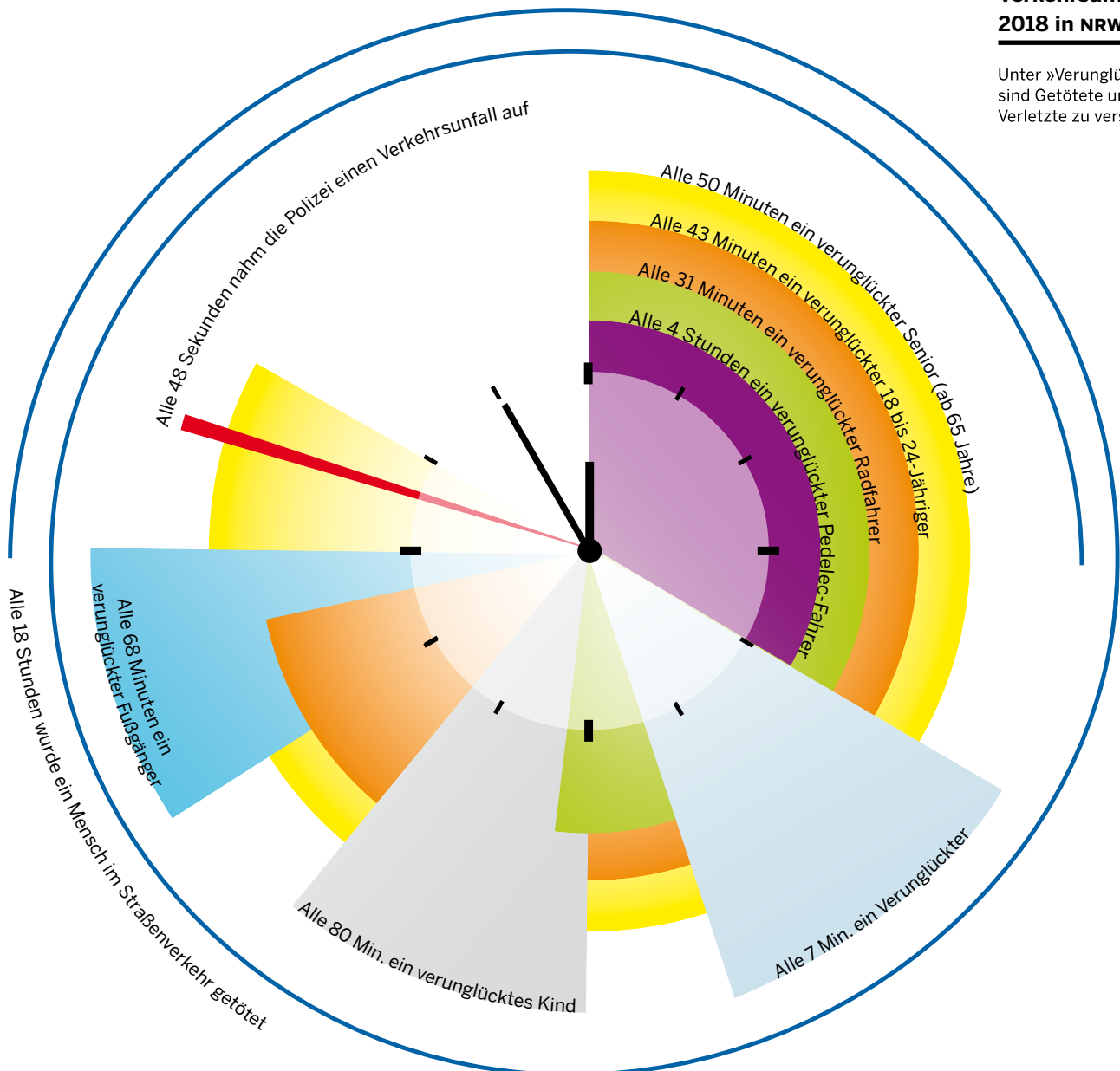
IM STADTVERKEHR

BESONDERS GEFÄHRDET

Die Zahl der Unfälle von Zweiradfahrern in Nordrhein-Westfalen ist gestiegen. Besondere Sorgen macht der Polizei in NRW, dass es deutlich mehr schwerverletzte Pedelec-Fahrer gibt. NRW-Innenminister Herbert Reul appellierte bei der Vorstellung der Verkehrsunfallstatistik 2018: »Die Menschen können selbst mit ihrem Verhalten zur Sicherheit im Straßenverkehr beitragen, indem sie sich fair und rücksichtsvoll verhalten.«

Verkehrsunfalluhr 2018 in NRW

Unter »Verunglückte«
sind Getötete und
Verletzte zu verstehen



Im vergangenen Jahr verunglückten 16.725 Radfahrer in Nordrhein-Westfalen. Das sind rund 1.700 mehr als im Vorjahr – ein Plus von 11,4 Prozent. Gestiegen sind auch die Unfallzahlen bei Pedelec-, Mofa- und Kleinkraftradfahrern. 55 Radfahrer sind 2018 in NRW ums Leben gekommen. »Immer mehr Menschen in den Städten steigen aus Umweltbewusstsein oder wegen Parkplatzmangel auf Zweiräder um. Das ist grundsätzlich gut, aber es gibt eben auch mehr Unfälle. Das ist ein Trend, der uns Sorgen macht«, sagte NRW-Innenminister Herbert Reul bei der Vorstellung der Verkehrsunfallstatistik für das Jahr 2018.

Mehr Schwerverletzte bei Pedelec-Unfällen

Zugenommen haben auch die Unfälle mit Pedelecs. 20 Personen kamen 2018 dabei ums Leben, eine weniger als 2017. Die Anzahl der Schwerverletzten stieg von 346 auf 557, was ein Plus von 61 Prozent bedeutet. Und es gab auch mehr Leichtverletzte: 1.538 gegenüber 1.024 im Vorjahr. »Diese Steigerung entsteht, weil immer mehr Pedelecs verkauft werden und viele Nutzer unsicher in ihrem Fahrverhalten sind. Deshalb rate ich vor allem den älteren Pedelec-Fahrern, ein Sicherheitstraining zu machen. Außerdem sollte auch hier wie bei Radfahrern gelten: Helm auf«, so der Minister.

/// Redaktion Streife

VEREIDIGUNGSFEIER 2019 IN KÖLN

»MEIN HERZ KLOPFT...

VOLLTREFFER!«

In der Kölner Lanxess-Arena leisteten 2.300 Polizeiwärterinnen und Polizeianwärter ihren Eid auf die Landesverfassung.



Die Vereidigung endet in jedem Jahr mit dem gemeinsamen Mützenwurf der frisch vereidigten Anwärterinnen und Anwärter.

Die jungen Polizistinnen und Polizisten waren zum 1. September 2018 eingestellt worden und haben bereits den ersten theoretischen Abschnitt ihrer Ausbildung absolviert. Die Vereidigung ist für die Anwärterinnen und Anwärter ein ganz besonderer Tag, der von Hoffnungen und Erwartungen, aber auch von Stolz und Freude geprägt ist. Mit dabei auch in diesem Jahr NRW-Ministerpräsident Armin Laschet und NRW-Innenminister Herbert Reul.

Aufgeregt wirken die zwei Studierenden, die in diesem Jahr stellvertretend für ihren ganzen Jahrgang die Rede in der voll besetzten Arena halten. Sehr persönlich und emotional lassen Lara-Sophie Leydag und Riccardo Natale die Zeit von ihrer Bewerbung bis zum Höhepunkt der Vereidigung Revue passieren. Jeden erfolgreichen Schritt resümieren sie dabei mit den Worten »Mein Herz klopft, ...Volltreffer!« Polizist zu werden, das spüren alle in der gefüllten Arena, ist eine Herzensangelegenheit für die beiden. Ihre engagierte Rede beeindruckt sowohl die Kolleginnen und Kollegen, die heute das erste Mal ihre Uniform tragen und gleich ihren Eid ablegen werden, als auch ihre Verwandten und Angehörigen auf den Rängen.



Foto: Lina-Marliese Hoffmann

Reul: »Wir brauchen jeden von Ihnen!«

Minister Reul begrüßte die jungen Frauen und Männer mit den Worten: »(...) Das ist der Tag, an dem es Wirklichkeit wird. Sie sind von heute an ein Teil der Polizei Nordrhein-Westfalens! Sie sind dazu da, Menschen zu helfen. Sie ermöglichen den Bürgerinnen und Bürgern erst ein friedliches Leben in Freiheit. Das erfordert Persönlichkeiten, Menschen, die reflektiert und bewusst mit unserer Verfassung umgehen, die sich einbringen und einstehen können für das, was sie tun. Sie und alle Ihre Kolleginnen und Kollegen sind ein Team. Das Team heißt Polizei NRW. Und das, liebe Anwärterinnen und Anwärter, ist ein starkes Team.« Der Minister ermunterte die Anwärterinnen und Anwärter dazu, Transparenz zum Leitmotiv ihrer täglichen Arbeit zu machen und mit Fehlern, die bei aller Kompetenz passieren, offen umzugehen. »Transparenz ist der Schlüssel für Glaubwürdigkeit. Und nur mit Glaubwürdigkeit gewinnt man Vertrauen«, so Reul. Zum Abschluss seiner Rede appellierte der Minister an die angehenden Polizistinnen und Polizisten: »Wir brauchen jeden von Ihnen. Also: Anstrengen, üben und nicht durchfallen!« **///Redaktion Streife**



Foto: Jochen Tack

Lara-Sophie Leydag und Riccardo Natale

NÄHERE INFORMATIONEN

Wer sich für den Polizeiberuf interessiert, findet weitere Informationen unter www.genau-mein-fall.de.

DIE RICHTIGE ENTSCHEIDUNG GETROFFEN

Auf Umwegen zur Polizei

Anita Wall und Heiko Hanak haben im April in Köln ihren Eid für den Polizeidienst abgelegt. Derzeit sind sie in der Ausbildung in Brühl. Wie sind sie zur Polizei NRW gekommen und wie haben sie diesen Tag erlebt?



NACH DEM FACHABI ERSTMAL EIN FSJ

Meine Eltern sind mit meinen zwei älteren Brüdern aus Russland nach Deutschland ausgewandert. Ich bin aber genau wie mein jüngerer Bruder bereits hier geboren. Mein Vater hat die Polizeiausbildung in Russland gemacht, und obwohl man die Polizei dort und hier überhaupt nicht vergleichen kann, hat er mich für den Beruf begeistert. Da gibt es einen Teamgeist, den es anderswo nicht gibt, meint er. Zuerst habe ich mein Fachabitur gemacht. Danach habe ich erstmal ein Freiwilliges Soziales Jahr an einer Ganztagsgrundschule in Hennef

»Natürlich weiß ich, dass es auch immer mehr Gewalt gegen Polizisten gibt. Aber meine Mutter ist Chinesin und wegen meines Aussehens wurde ich früher in der Schule gemobbt. Deswegen werde ich auch als Polizist mit Anfeindungen zurechtkommen, denke ich.«

Heiko Hanak



Fotos (2): Polizei NRW

NACH DEM STUDIUM NEU ORIENTIERT

gemacht. Dort hatte ich mit vielen Grundschulkindern, beispielsweise aus Syrien oder aus Serbien zu tun. Ich habe die Kinder im Unterricht begleitet. Nachmittags habe ich versucht, ihnen die deutsche Sprache beizubringen. Dann habe ich mich bei der Polizei beworben und bin direkt beim ersten Anlauf genommen worden. Während der praktischen Ausbildung in Brühl habe ich gemerkt, dass die ganze Theorie, die wir vorher an der Fachhochschule gelernt haben, ihren Sinn hat: Man braucht die Theorie, um das Praxistraining bewältigen zu können. Alles wird hier wieder abgefragt. Die Vereidigung im April war beeindruckend. Besonders der Moment, in dem wir in die Halle eingezogen sind und wir wussten: Unsere Familie und unsere Freunde sind oben auf den Rängen der Arena und sie begleiten uns an diesem Tag. Das war wirklich ein sehr gelungener Tag, den man nicht vergessen wird. Kommissaranwärterin Anita Wall (20) /// **Redaktion Streife**

Nach dem Abitur habe ich zuerst in Köln studiert. An der privaten Cologne Business School habe ich meinen Bachelor gemacht und an der Fresenius Hochschule anschließend meinen Master mit einem Abschluss in Wirtschaftspsychologie. Mein Schwerpunkt lag dabei auf dem Thema Personalmanagement. Während des Studiums habe ich diverse Praktika absolviert und danach auch eine Zeitlang bei einem Finanzdienstleister gearbeitet. Aber das hat für mich nicht gepasst. Deshalb habe ich mich nach Alternativen umgesehen. Es hat mich schon immer interessiert, zur Polizei zu gehen, doch direkt nach dem Abi hatte ich mich zuerst nur oberflächlich darüber informiert. Das habe ich dann nach dem Studium nachgeholt. Ich habe mich dafür entschieden, weil ich Menschen helfen will. Außerdem hat die Polizei ein sehr gutes Ansehen in der Bevölkerung. Natürlich weiß ich, dass es auch immer mehr Gewalt gegen Polizisten gibt. Aber meine Mutter ist Chinesin und wegen meines Aussehens wurde ich früher in der Schule gemobbt. Deswegen werde ich auch als Polizist mit Anfeindungen zurechtkommen, denke ich. Bei der bisherigen Ausbildung an der FH und im Training fühle ich mich sehr wohl. Wie Studieren geht, das wusste ich ja schon. Und in unserem Ausbildungsjahrgang ist ein guter Zusammenhalt. Meinen Gänsehautmoment bei der Vereidigungsfeier hatte ich, als es ganz still in der Arena war und wir alle gleichzeitig die Eidesformel nachgesprochen haben. Kommissaranwärter Heiko Hanak (24) /// **Redaktion Streife**

»NIEMAND SOLL MIT BAUCHSCHMERZEN ZUR ARBEIT GEHEN!«

Thorsten Hoffmann stellt sich vor

Seit Anfang März ist Thorsten Hoffmann Polizeibeauftragter des Landes Nordrhein-Westfalen. In dieser von der Landesregierung neu geschaffenen Funktion ist er direkter Ansprechpartner für alle Beschäftigten in der Polizei des Landes Nordrhein-Westfalen und steht ihnen bei Problemen und Fragen als Ansprechpartner zur Seite. Bei beruflichen Schwierigkeiten wie etwa Mobbing, Diskriminierung, Fehlverhalten von Vorgesetzten oder nach belastenden Ereignissen hat er ein offenes Ohr für die Betroffenen und versucht, Hilfestellung zu geben.

Wichtig ist ihm, dass sich nicht nur die rund 42.000 Polizistinnen und Polizisten in Nordrhein-Westfalen vertraulich an ihn wenden können, sondern auch die etwa 8.000 Regierungsbeschäftigten in der Polizei. »Ich bin direkt und ohne Einhaltung des Dienstwegs für alle Beschäftigten in der Polizei erreichbar. Mein Wunsch ist, dass alle zufrieden sind. Ich möchte für die Kolleginnen und Kollegen ein greifbarer Typ sein, dem man glaubt, dass er sich für alle Mitarbeiterinnen und Mitarbeiter in der Polizei des Landes Nordrhein-Westfalen voll einbringt.« Bereits in den ersten drei Monaten haben Thorsten Hoffmann mehr als 70 Anfragen erreicht. Dabei geht es

um ganz verschiedene Anliegen, zum Beispiel um Probleme mit Kollegen oder Vorgesetzten, Kritik an Einsatzmitteln, aber auch um Verbesserungsvorschläge. »Ich nehme jedes Problem ernst. Oft möchten die Betroffenen erst einmal einfach nur reden und mir ihre Sorgen und Nöte mitteilen. Dazu nehme ich mir viel Zeit. Im Anschluss überlegen wir dann gemeinsam, wie am besten mit der Situation umgegangen werden könnte.« Thorsten Hoffmann sieht sich als Vermittler und Mediator. Er gibt Anregungen und Empfehlungen, setzt sich aber auch vor Ort mit allen Beteiligten direkt auseinander, wenn dies gewünscht ist. In manchen Situationen können etwa gemeinsame Gespräche mit Vorgesetzten

Foto: Jochen Tack

Thorsten Hoffmann, Polizeibeauftragter des Landes Nordrhein-Westfalen

sinnvoll sein. Auch stellt er Kontakt zu anderen Stellen her, wie etwa zu den Polizeiseelsorgerinnen und -seelsorgern und den Sozialen Ansprechpartnerinnen und -partnern. Unterstützt wird er dabei von zwei Kolleginnen. »Es ist immer hilfreich, auch andere Sichtweisen zu berücksichtigen und gemeinsam nach Lösungen zu suchen«, so Hoffmann.

Nicht dem Legalitätsprinzip verpflichtet

Als Polizeibeauftragter ist Thorsten Hoffmann vom Polizeidienst beurlaubt, das heißt, er unterliegt in dieser Position nicht mehr dem Strafverfolgungszwang. Dies ist für die Wahrnehmung seiner Aufgaben unerlässlich. Er hat ein Selbstbefassungsrecht, das heißt, er kann auch dann tätig werden, wenn er zum Beispiel durch die Medien von Zuständen bei der Polizei erfährt, die hinterfragt werden sollten. »Ich kann dann direkt bei der betreffenden Behörde nachfragen, welche Probleme es gibt und aktiv meine Unterstützung anbieten. Ich bin aber nicht für alle Bereiche des Polizeialltags zuständig, so nicht für Einzelbeurteilungen sowie Stellenbesetzungs- oder Personalentwicklungsfragen. Auch Disziplinar- oder Strafverfolgungsangelegenheiten sowie die nachfolgenden Gerichts- oder Untersuchungsausschussverfahren entziehen sich meinem Tätigkeitsbereich.«


Unterwegs mit den Kolleginnen und Kollegen

Thorsten Hoffmann möchte im Laufe der Zeit möglichst viele Kolleginnen und Kollegen persönlich kennenlernen. Dazu begleitet er unterschiedlichste Einsätze. »Mir kommt es sehr auf den persönlichen Kontakt an. Deshalb habe ich unter anderem auch das Lokalderby Dortmund gegen Schalke Ende April begleitet. Dort konnte ich mich mit Angehörigen von vier Hundertschaften aus Duisburg, Gelsenkirchen, Recklinghausen und Dortmund unterhalten. Mich hat besonders gefreut,

dass mich viele tatsächlich schon kennen«, sagt er. Auch die Vorstellung bei den Gewerkschaften, den politischen Parteien und polizeinahen Institutionen steht noch auf seinem Plan. »Alle sollen wissen, was ich mache. Denn es geht mir auch darum, Unterstützung von der Politik einzufordern, darzulegen, wo es Schwierigkeiten gibt und wo meiner Meinung nach gehandelt werden muss.«

Probleme in der Polizei erkennen

Die Arbeit von Thorsten Hoffmann wirkt auf zwei Ebenen: Einerseits unterstützt er die einzelnen Beschäftigten bei individuellen Konflikten. Auf der anderen Seite hilft



»Mein Wunsch ist, dass alle zufrieden sind. Ich möchte für die Kolleginnen und Kollegen ein greifbarer Typ sein, dem man glaubt, dass er sich für alle Mitarbeiterinnen und Mitarbeiter in der Polizei des Landes Nordrhein-Westfalen voll einbringt.«

Thorsten Hoffmann

er auch dabei, strukturelle Probleme in der Polizei zu erkennen und eine professionelle Fehlerkultur weiterzuentwickeln. Sätze wie »Mobbing gibt es bei uns nicht!« müssten der Vergangenheit angehören.

»Jedem Vorgesetzten muss doch daran gelegen sein, dass die Mitarbeiterinnen und Mitarbeiter gerne zur Arbeit kommen. Auch daran möchte ich arbeiten.«

Thorsten Hoffmann wird regelmäßig einen Tätigkeitsbericht für den Landtag erstellen. Dieser Bericht soll Transparenz schaffen und aufzeigen, wo es Handlungsbedarf gibt. »Ich werbe um das Vertrauen aller Kolleginnen und Kollegen. Dafür

THORSTEN HOFFMANN

Thorsten Hoffmann wurde 1961 in Castrop-Rauxel geboren, heute lebt er in Dortmund. 1980 begann er seinen Dienst bei der Polizei und war dort in unterschiedlichen Funktionen und Aufgabenbereichen tätig, unter anderem im Objektschutz, in verschiedenen Einsatzhundertschaften und bei der Kriminalpolizei. Zehn Jahre lang hat Thorsten Hoffmann zudem für das Polizeipräsidium Dortmund die Interessen der Polizei gegenüber der Stadt Dortmund vertreten. Von 2015 bis 2017 war er Abgeordneter des Deutschen Bundestags. Dort war er ordentliches Mitglied im Innenausschuss und stellvertretendes Mitglied im NSU-Untersuchungsausschuss. Zuletzt war Thorsten Hoffmann als Leiter der Autobahnwache Bochum eingesetzt.

Kontakt

Thorsten Hoffmann
Polizeibeauftragter
Ministerium des Innern
des Landes Nordrhein-Westfalen
Friedrichstraße 62-80
40217 Düsseldorf
Tel: 0231/871-3301
E-Mail:
polizeibeauftragter@im.nrw.de

werde ich eine Menge tun. Ich möchte an den Ergebnissen meiner Arbeit gemessen werden. Ich hoffe, dazu beizutragen, dass die Hemmschwelle sinkt, Probleme offen anzusprechen.« // Simone Bauer

FREIE HEILFÜRSORGEVERORDNUNG

GENEHMIGUNGS-PROZESS WIRD VEREINFACHT

Mehr Flexibilität, mehr Möglichkeiten

Für Polizeibeamtinnen und -beamte ist es seit dem 1. April einfacher, die Leistungen der Freien Heilfürsorge in Anspruch zu nehmen. Die Änderungen bieten den Patientinnen und Patienten mehr Flexibilität. Der Leistungsumfang der Freien Heilfürsorge ändert sich dadurch nicht.

Die neue Verordnung lässt zum Beispiel nun zuzahlungspflichtige Ausnahmen wie die Behandlung im Ausland und freie Arzt- und Krankenhauswahl zu. Standardimpfungen entsprechend der Empfehlungen des Robert-Koch-Instituts kann künftig neben dem Polizeiärztlichen Dienst (PÄD) auch ein niedergelassener Arzt durchführen. Für Hilfsmittel aus dem Hilfsmittelverzeichnis, wie etwa Einlagen bis 500 Euro, entfällt die Genehmigung durch den PÄD. Heilmittel aus dem Heilmittelkatalog wie eine physiotherapeutische Behandlung sind nicht mehr genehmigungspflichtig, solange der in der Heilmittelverordnung festgelegte Leistungsumfang nicht überschritten wird.

/// Dirk Haberkamp, IM NRW



Foto: umsplash

ZUSÄTZLICHE HINWEISE

Alle Änderungen finden Sie detailliert im Erlass zur Änderung der Heilfürsorgeverordnung. Bei Fragen dazu wenden Sie sich bitte an ihren zuständigen PÄD. Weitere Informationen finden Sie auf der Themenseite der Freien Heilfürsorge im Intrapol.

JULIA FRICKE FÜR DIE BUNDESWEIT BESTE BACHELORARBEIT AUSGEZEICHNET

Im Rahmen des 22. Europäischen Polizeikongresses wurde der »Zukunftspreis Polizeiarbeit« verliehen. Die Fachhochschule für öffentliche Verwaltung (FHöV) NRW, Abteilung Münster, hatte sich mit Dr. Julia Fricke und ihrer Thesis mit dem Titel »Big Data und künstliche Intelligenz – Chancen und Risiken für die Polizeiarbeit der Zukunft« beworben. Julia Fricke erläuterte einer hochrangigen Fachjury, zu der auch Bernd Heinen, Inspekteur der Polizei in NRW, gehörte, ihre Thesis vor Ort in Berlin. Sie überzeugte die Jury von der Qualität ihrer Arbeit und errang den ersten Platz. Julia Fricke wurde 2018 bereits Jahrgangsbeste in der Verbundabteilung Münster. Auch auf



Landesebene wurde ihre Thesis als eine von zwölf herausragenden Arbeiten identifiziert. Auf dem Kongress werden herausragende Abschlussarbeiten wie Diplom-, Master- und Bachelorarbeiten ausgezeichnet, die sich mit neuen Lösungsansätzen und Innovationen für die polizeiliche Facharbeit auseinandersetzen. Insgesamt werden sechs Arbeiten ausgezeichnet. Dadurch fördert der Europäische Polizeikongress die Exzellenz der polizeilichen Ausbildung.
/// **Stefan Mühlbauer, FHöV NRW, Abteilung Münster**

KÜNSTLICHE INTELLIGENZ IN DER POLIZEIARBEIT

In ihrer Bachelorarbeit erörtert Julia Fricke, welche Chancen und Risiken für die Polizei im Kontext »Künstlicher Intelligenz« (KI) bestehen. Die Polizei erprobt den Einsatz von KI bereits im Bereich »Predictive Policing« sowie bei der Gesichtserkennung. Big-Data-Analysen machen bei der Gefahrenabwehr sowie der Strafverfolgung Sinn, um Terrorismus, organisierte Kriminalität und Cyber-Kriminalität zu verfolgen. Dabei müssen jedoch stets datenschutzrechtliche Grundsätze beachtet werden. Julia Fricke erklärt fundiert und auch für den technischen Laien sehr gut nachvollziehbar die technischen Zusammenhänge von »Big Data« sowie die damit verbundenen datenschutzrechtlichen Aspekte. Damit leistet sie Pionierarbeit und trägt dazu bei, das praxisrelevante Fachwissen innerhalb der Gesamtorganisation der Polizei zu verbessern.



Foto: Jochen Tack

NRW-Innenminister Reul mit den Teilnehmerinnen und Teilnehmern der Polizeisportlerehrung 2019

POLIZEISPORTLEREHRUNG NRW

VERDIENTER APPLAUS

Anerkennung für Wettkampferfolg und soziales Engagement



Die besten Sportlerinnen und Sportler der Polizei NRW des Jahres 2018 wurden im »GOP Variété-Theater« in Bonn für ihre Leistungen geehrt.

Auf der Showbühne des modernen und stilvollen Bonner Theaters begrüßten die Bonner Polizeipräsidentin Ursula Brohl-Sowa und Oberbürgermeister Ashok Sridharan die Gäste. NRW-Innenminister Herbert Reul sprach in seiner Rede den Polizeisportlerinnen und Polizeisportlern seinen Dank und Respekt aus, da sie neben ihrem Beruf auf hohem Niveau Sport treiben und dabei hervorragende Leistungen erzielen: »Sie gehören zu den Besten – und ich bin stolz auf Sie!« Für herausragende Verdienste um den Sport sowie die tollen Erfolge bei sportlichen Wettkämpfen weltweit wurden die Polizeisportvereine und alle Sportlerinnen und Sportler einzeln beglückwünscht.

DIE SIEGERINNEN UND SIEGER

Polizeisportlerin des Jahres 2018 – Lisa Brömmel (LR Wesel)

Lisa Brömmel belegte in der Einzel- und Mannschaftswertung des Straßenrennens bei den Europäischen Polizeimeisterschaften im Radfahren in Herentals (Belgien) den ersten Platz mit 2:19:23 Stunden für die 86,35 km. Die dritte Goldmedaille hatte sie sich mit der Mannschaft im Zeitfahren gesichert. Die Strecke über 21,2 km sprintete sie in nur 30:04:198 Minuten.

Polizeisportler des Jahres 2018 – Thomas Reuter (PP Essen)

Thomas Reuter gehört seit mehr als zehn Jahren zu den erfolgreichen Schwimmern der Polizei NRW. Bei den Deutschen Polizeimeisterschaften im Schwimmen und Retten 2018 in Rostock holte er sich in der 4x100 m Freistil-Staffel und der 4x100 Lagen-Staffel die Goldmedaille.

Polizeimannschaft des Jahres 2018 – Freistil-Staffel mixed Polizei NRW

Die Freistil-Staffel mixed der Polizei NRW gewann in Rostock die Deutschen Polizeimeisterschaften im Schwimmen und Retten und sicherte sich den Meistertitel mit einer neuen Deutschen Polizeirekordzeit von 3:18:91 Minuten. Mit im Team waren: Karolin Kuhlmann (LR Gütersloh), Isabelle Härle (PP Gelsenkirchen), Nadia Edling (PP Düsseldorf), Melvin Herrmann (PP Dortmund), Mirko Ewald (PP Gelsenkirchen), Florian Schröder (LR Siegen-Wittgenstein) und Thomas vom Lehn (PP Wuppertal).

Polizeisportverein des Jahres 2018 – psv Unna

Der PSV Unna hat sich neben dem besonderen Engagement im Bereich der Ferienfreizeiten besonders verdient gemacht durch die Integration von Flüchtlingen sowie der Unterstützung und der Ausrichtung von Meisterschaften des Wettkampfprogramms der Polizei NRW. Der 1. Vorsitzende Frank Schemmer (PP Dortmund) und die 2. Vorsitzende Anja Wagner (LAFP NRW) nahmen die Auszeichnung entgegen.

/// Andrea Weichbrodt, PSK NRW

POLIZEISPORTLEREHRUNG DES DEUTSCHEN POLIZEISPORTKURATORIUMS 2019 IN LÜBECK

Die Ehrung erfolgte in fünf Kategorien:

Polizeisportlerinnen ohne Förderung

1. Laura Madeleine Sterr (Bundespolizei), Weltmeisterin im Karate
2. Jana Rödler (Rheinland-Pfalz), Weltmeisterin im Jiu-Jitsu
3. Stephanie Weiß (Hessen), Europäischer Polizeimeister im Triathlon der Frauen

Polizeisportler ohne Förderung

1. Marvin Carsten Dibke (Bundespolizei), Weltmeister im Karate
2. Axel Kujat (Sachsen), WM-Titel im Powerlifting
3. Uwe Röpstorff (PP Krefeld, Nordrhein-Westfalen), Triathlon Langdistanz, »Ironman auf Hawaii«

Polizeisportlerinnen mit Förderung

1. Natalie Geisenberger (Bund), neunfache Weltmeisterin und Doppel-Olympiasiegerin im Rennrodeln
2. Miriam Welte (Rheinland-Pfalz), mehrfache

Weltmeisterin und Olympiasiegerin im Bahnradsport
3. Jacqueline Lölling (Bundespolizei) mit ihrem WM- und EM-Titel im Skeleton

Polizeisportler mit Förderung

1. Francesco Friedrich (Bundespolizei), Weltmeister und Olympiasieger im Bob
2. Arnd Peiffer (Bundespolizei), Weltmeister und Olympiasieger im Biathlon
3. Tobias Arlt (Bundespolizei), Olympiasieger im Rennrodeln

Polizeimannschaft des Jahres/Lebenswerk

Als Mannschaft des Jahres wurde das WM-Team im Bahnradsport Teamsprint Miriam Welte und Kristina Vogel (Bundespolizei) geehrt.

Kristina Vogel wurde in einer Sonderehrung zusätzlich für ihr Lebenswerk ausgezeichnet. Nach zwei Olympiasiegen und elf Weltmeistertiteln in der Elite musste die 29-Jährige nach einem schweren Trainingsunfall die sportliche Karriere aufgrund ihrer Querschnittslähmung beenden.

POLIZEILANDESMEISTERSCHAFTEN IM TISCHTENNIS



Alle Teilnehmenden spielten mit vollem Engagement und Körpereinsatz.

SPANNUNG UND TEMPO PUR

Mitreißend offensives Spiel aller Teilnehmenden

In der Sporthalle »Am Förderturm« in Oberhausen standen die Tische für die Polizeilandesmeisterschaften im Tischtennis früh bereit für die ersten Aufschläge.

Die Spielerinnen und Spieler zogen alle Register in ihrer offensiven Spielweise. Die Spieltechniken »allround« und »defensiv« konnte man fast nicht vorfinden, denn Sicherheit und Platzierung standen eher im Hintergrund; der Sieg musste her! Auf rotationsbedingte Winkelabweichungen beim Angriff im Sidespin folgten rasante Returns, um nicht den Punkt abgeben zu müssen. In der Halle brannte die Luft. Jeder machte Druck, jeder wollte gewinnen. Das waren Spannung und Tempo pur!

Ingolf Möhring, der Oberhausener Polizeipräsident, beglückwünschte die Gewinner am Ende der Wettkämpfe und sprach ihnen im Rahmen der Siegerehrung seine Anerkennung für die Erfolge aus.

/// **Andrea Weichbrodt, PSK NRW**

DIE SIEGERINNEN UND SIEGER

Damen-Einzel: Anne Sewöster (LR Gütersloh)

Damen-Doppel: Anne Sewöster und Irina Rebkaló (PP Düsseldorf)

Herren-Einzel: Manfred Müller (PP Duisburg)

Herren-Doppel: Manfred Müller und Kevin Nurkowski (PP Duisburg)

Senioren Ü40-Einzel: Lars Breitbach (PP Köln)

Senioren Ü40-Doppel: Sascha Nowak (PP Gelsenkirchen) und Siegmund Niehoff (PP Münster)

Senioren Ü50-Einzel: Siegmund Niehoff (PP Münster)

Senioren Ü50-Doppel: Thomas Bons (PP Recklinghausen) und Jörg Freiherr (LAFP NRW)

Ehrenpreis des Ministers für die beste sportliche

Gesamtleistung (Frauen und Männer): Sue Boeckholt (LR Kleve) und Manfred Müller (PP Duisburg)

Das PP Oberhausen hat die Meisterschaften mit 73 Teilnehmern in Zusammenarbeit mit dem PSV Oberhausen ausgerichtet.

ERSTER PLATZ IM MEDAILLENSPIEGEL

Frauen schneiden besonders stark ab

Insgesamt 159 Judoka aus 16 Nationen starteten in der Olympia-Arena in Győr (Ungarn), um sich im Zweikampf die Titel als Europäische Polizeimeister zu erkämpfen. Deutschland war mit 24 Athletinnen und Athleten vertreten.

Am ersten Wettkampftag (Frauen der Gewichtsklassen (GK) bis 48 kg, bis 52 kg, bis 57 kg und bis 63 kg) standen die deutschen Judoka in allen Klassen auf dem Siegereppchen. Allen voran konnte Nadja Bazynski (PP Köln) in einem spannenden Finalkampf gegen ihre russische Kontrahentin den ersten Platz belegen.

Am zweiten Wettkampftag stand Szaundra Diedrich in ihrer GK bis 70 kg, die mit acht Teilnehmerinnen aus sieben Nationen sehr stark war, im Finale ihrer deutschen Kollegin Lea Püschel gegenüber. Die international erfahrene Kämpferin vom PP Köln konnte sich durchsetzen und holte sich das begehrte Gold.

Am dritten Wettkampftag wurden erstmals Mannschaftswettkämpfe ausgetragen. Das gemischte Team setzte sich so zusammen:

- > - 63 kg: Sappho Coban (Bundespolizei) und Nadja Bazynski (PP Köln, Nordrhein-Westfalen)
- > + 63 kg: Maïke Ziech und Samira Bouizgarne (beide Bundespolizei)
- > - 73 kg: Robert Barwig und Julian Kolein (beide Bayern)
- > - 90 kg: Hannes Conrad (Sachsen) und Hugo Murphy (Bayern)
- > + 90 kg: Erik Abramov (Bundespolizei) und Andre Breitbarth (Niedersachsen)

Die deutsche Mannschaft erreichte das Finale gegen Russland. Es war der reinste Nervenkitzel, als Russland gegenüber dem führenden Team aus Deutschland aufholte und den Ausgleich schaffte. Im dritten Kampf ging Deutschland wieder in Führung. Mit einem Punktestand von 2:1 lastete jetzt alles auf den Schultern von Nadja Bazynski: Ob sie den Sieg und damit die Entscheidung für Deutschland holen konnte. Und ob sie das konnte! Mit einer Hal-tetechnik hielt sie ihre russische Gegnerin mehrere Sekunden am Boden, so dass dieser »Ippon« die Goldmedaille für Deutschland im Team-Wettbewerb besiegelte.

Im Medaillenspiegel steht Deutschland mit elf Medaillen bei den Frauen (5/5/1) und zwei bei den Männern (1/0/1) auf Platz 1 vor Russland und Frankreich. **/// Andrea Weichbrodt, PSK NRW**



Dreifachsieg für die deutschen Judosportlerinnen bei den europäischen Polizeimeisterschaften in Győr, Ungarn

DEUTSCHE POLIZEIMEISTERSCHAFTEN IM VOLLEYBALL

SIEGREICHE NRW-FRAUEN Sieg vor Hamburg und Baden-Württemberg



Insgesamt sechs Frauen- und sechs Männer-Teams zogen Mitte April in die Endrunde der Deutschen Polizeimeisterschaften (DPM) im Volleyball in Hamburg ein.

Die Volleyballerinnen aus NRW waren unschlagbar. Das Finalspiel gegen die Mannschaft des Gastgebers aus Hamburg endete mit 3:0 Sätzen. Die Fachwartin im Volleyball NRW, Andrea Mersch-Schneider, war selbst aktiv als Libera im Spiel dabei. Platz 3 sicherte sich das Team aus Baden-Württemberg. Das Männer-Team aus NRW hatte augenscheinlich den Start in der Endrunde verpasst und konnte im letzten Spiel gegen Bayern mit 3:2 Sätzen nur noch Platz 5 erreichen. Deutscher Polizeimeister wurde Berlin vor Hamburg und Hessen. **/// Andrea Weichbrodt, PSK NRW**

7. DEUTSCHE POLIZEIMEISTERSCHAFT IM FUSSBALL DER FRAUEN

IM FUSSBALL ENDLICH WIEDER GANZ VORN! Durststrecke von 15 Jahren beendet

Die Teams aus Niedersachsen und NRW standen im Endspiel um den Meistertitel im Fußball der Frauen im bayrischen Eichstätt. Das Team aus NRW überzeugte von Beginn an durch souveräne und aktive Spielzüge, so dass die Frauen-Elf aus Niedersachsen nicht wirklich eine Chance hatte. Mit dem Endstand von 3:0 für NRW war es besiegelt: NRW ist nach 15 Jahren wieder Deutscher Polizeimeister im Fußball der Frauen!

Die Endrunde der 7. Deutschen Polizeimeisterschaft im Fußball der Frauen fand in der II. Bereitschaftspolizeiabteilung statt. Zuvor gab es eine Vorrundenscheidung in fünf Gruppen. Hier behauptete sich das Team aus Nordrhein-Westfalen gegen die Mannschaften aus Sachsen-Anhalt und Rheinland-Pfalz.

Endrunde in Bayern

Bereits im Eröffnungsspiel konnte sich das NRW-Team gegen den amtierenden Deutschen Polizeimeister Bayern mit einem klaren 4:1-Sieg durchsetzen.



Die erfolgreiche Elf aus NRW

Obere Reihe v.l.n.r.: Trainerin Diana Werner, Sarah Schmitz, Sarah Rosenthal, Alex Mallwitz, Jana Drews, Sinah Lütke-Harmölle, Isabell Wolf, Isabell Zöllner, Vero Lörcks, Lisa Stoltmann, Fachwart Detlef Luchtenveld, Betreuerin Manuela Adam
Untere Reihe v.l.n.r.: Laura Kuhlmann, Alina Stallmann, Josipa Bokanovic, Marina Hermes, Sarah Cremers, Marie Lümmer, Corinna Dubbel, Kim Lea Wolters, Larissa Tober, Physio Britta Ludwig.

Am zweiten Wettkampftag trat die Frauenmannschaft gegen die Auswahl aus Hessen an. Erst in der 83. Spielminute fiel die Entscheidung zum 3:2 für NRW. Damit hatten die NRW-Fußballerinnen den Einzug ins Finale geschafft. Das Finale konnten die Polizistinnen aus NRW dann mit 3:0 für sich entscheiden. Trainerin Diana Werner (LAFP NRW), Betreuerin Manuela Adam (LR Coesfeld) und der Fachwart im Fußball NRW Detlef Luchtenveld (PP Dortmund) waren stolz auf die gezeigten Leistungen »ihrer Mädels«, was aber nicht zuletzt auch ihrem Beitrag zu verdanken ist. Ausführliche Informationen zur gesamten Meisterschaft sind im Internet auf der Seite des Deutschen Polizeisportkuratoriums (<https://www.dpsk.de>) abrufbar. **/// Andrea Weichbrodt, PSK NRW**

JÖRG LUKAT Neuer Polizei- präsident von Bochum

Jörg Lukat ist der neue Polizeipräsident in Bochum. Er ist 56 Jahre alt, wurde in Herten geboren und lebt auch heute noch dort. »Ich bin ein Kind des Ruhrgebietes und freue mich auf die Menschen in meiner Heimat. Hier lebe ich, hier bin ich aufgewachsen, deshalb ist mir ihre Sicherheit ein persönliches Anliegen. Dafür werde ich mit all meiner Kraft

und Erfahrung arbeiten«, so Lukat. In der Funktion des Bochumer Polizeipräsidenten folgt Lukat auf Kerstin Wittmeier, die im Mai in die Stadtverwaltung nach Duisburg gewechselt ist. Jörg Lukat trat 1979 mit 17 Jahren in den mittleren Dienst der Polizei ein. Nach der Ausbildung arbeitete er unter anderem im Streifendienst im Rheinland und im Ruhrgebiet. Nach Studien und Fortbildungen übernahm er Führungsaufgaben in verschiedenen Polizeibehörden, etwa beim Staatsschutz in Dortmund. Zuletzt leitete Jörg Lukat das Referat »Einsatz in besonderen Lagen« in der Polizeiabteilung des Innenministeriums Nordrhein-Westfalen.

Lukat ist verheiratet und hat zwei erwachsene Kinder. In seiner Freizeit fährt er Motorrad und verbringt seine Urlaube gerne an der Nordsee. **/// Redaktion Streife**



Foto: Pressestelle Polizei Bochum



Fotos (2): Polizei NRW

ANNE HESELHAUS Neue Leiterin der Gruppe 40

Die bisherige Polizeipräsidentin von Gelsenkirchen, Anne Heselhaus, ist ab sofort als Leitende Ministerialrätin in der Polizeiabteilung zuständig für die Verwaltung der Polizei. Die Gruppe

40 ist die größte Organisationseinheit der Polizei im Ministerium. Heselhaus ist nun unter anderem für die Verteilung der Polizeikräfte, für Aus- und Fortbildungen sowie für das Beurteilungswesen und IT

verantwortlich. Die Juristin begann ihre berufliche Laufbahn 1997, als Richterin, beim Landgericht Bielefeld. Sie wurde zunächst in Zivil- und Strafkammern eingesetzt und seit dem Jahr 2000 auch mit Aufgaben der Gerichtsverwaltung betraut. 2007 erhielt die heute 55-Jährige ihre Ernennung zur Richterin am Oberlandesgericht in Hamm, wo sie im Verlauf ihrer Tätigkeit die Leitung der Fortbildung und der Stabsstelle für Personalentwicklung übernahm. Im Juni 2014 hatte sie die Leitung des Polizeipräsidiams Gelsenkirchen übernommen. **/// Redaktion Streife**

THOMAS GUTSFELD Neuer Leiter der Abteilung Polizei KPB Siegen- Wittgenstein

Thomas Gutsfeld wurde vom Leitenden Ministerialrat Achim Dornik zum Leitenden Polizeidirektor ernannt. Gleichzeitig wurde ihm die

Funktion des Leiters der Abteilung Polizei bei der Kreispolizeibehörde (KPB) Siegen-Wittgenstein übertragen. Seit mehr als 43 Jahren ist Gutsfeld Polizeibeamter. Er hat mehrere Dienststellen in leitender Position kennengelernt. Neben Stationen in Bochum und Herne war er zuletzt beim Polizeipräsidium Hagen als Leiter der Direktion Gefahrenabwehr/Einsatz tätig. Gutsfeld wohnt in Witten, ist verheiratet und hat zwei erwachsene Söhne. **/// Redaktion Streife**



ONE NIGHT OF TINA

Die »Streife«
verlost Tickets
für die Show
am 15.12. in
Düsseldorf

Hommage an die Künstlerin auf die Live-Bühnen in Deutschland, Österreich und der Schweiz. Die »Streife« verlost 5 x 2 Tickets für die Show im Capitol Theater am 15. Dezember 2019.

Die Konzertshow »One night of Tina« wird durch ihre exzellenten Licht- und Toneffekte zu einem Erlebnis der Extraklasse. Ein brillantes Ensemble interpretiert ihre Superhits live: Ob »Simply the Best«, »Private Dancer«, »What's love got to do with it« oder »We don't need another hero« – alle Klassiker finden ihren Platz in der Show. Tina

Die Leser und Leserinnen der »Streife« können 10 Euro pro Ticket in der Sitzplatzkategorie 1 bis 3 bei einer Onlinebuchung unter www.semmel.de/vorteile sparen. Um an der Verlosung der Freikarten im Rahmen unseres Kreuzworträtsels teilzunehmen, müssen Sie nur das richtige Lösungswort auf einer ausreichend frankierten Postkarte oder per E-Mail bis zum 29. November 2019 einsenden an:

Ministerium des Innern des Landes Nordrhein-Westfalen, Redaktion Streife, Friedrichstraße 62-80, 40217 Düsseldorf, E-Mail: streife@im.nrw.de

Bitte der Redaktion: Bei E-Mails im Betreff nur PREISRÄTSEL eintragen und grundsätzlich die vollständige Privatadresse angeben. Danke!



Tina Turner ist mit fast 200 Millionen verkauften Tonträgern und zwölf Grammy Awards eine der erfolgreichsten Sängerinnen weltweit. Pünktlich zu ihrem 80. Geburtstag in diesem Jahr kommt mit »One night of Tina – a Tribute to the Music of Tina Turner« eine spektakuläre

Turners von extremen Höhen und Tiefen geprägtes Leben bildet das hollywoodreife Drehbuch für diese Show, an die sich nicht nur ihre Fans für immer erinnern werden. Tina Turners Songs gehören einfach auf die Bühne. Davon kann sich das Publikum nun einmal mehr überzeugen.

Das Kreuzworträtsel ist im Intranet der Polizei und in den Print- und Onlineausgaben der Streife veröffentlicht. Der Gewinner/die Gewinner werden durch Losverfahren durch das Redaktionsteam ermittelt. Der Gewinner/die Gewinner werden auf dem Postweg benachrichtigt. Der Rechtsweg ist ausgeschlossen. Zur Teilnahme am Gewinnspiel eingesandte Daten werden vier Monate nach Einsendeschluss gelöscht.

Südosteuropäer	▼	Knorpelfisch der Meere	lichte Glut	▼	Freizeit-handwerker	weißer Stirnfleck b. Tieren	Fisch-Fleischschnitte (frz.)	▼	Kerzenrohstoff	▼	Beige-füßtes	innerlich erfüllt	▼	Vorsilbe: zwei, doppelt	dt. Vorsilbe der Verneinung	Zeichen für Calcium	amerik. Begrüßungswort
Ferienreisender	▶								chronol. Aufzeichnung	▶			2				
Wald-, Sumpfpflanze	▶	4			anstößiger Witz		Gebetschlusswort	▶				Halbinsel Ägyptens anhänglich	▶				
zweistellige Zahl	▶								ugs.: Greisin	▶				Auflösung des letzten Rätsels			
unverheiratet	▶						indian. Pfeilgift	▶						■ Z ■ A ■ W ■ M ■ ■			
Zeichen für Neon	▶		Fluss in Südtirol	▶					1	Stachel-tier	▶			S I S A L ■ G E M A C H			
Eröffnungsmusik (Ballett)	▶			3			wiederholt	▶						■ E ■ A ■ A ■ L ■ B A N E R			
														■ I R R E A L ■ A R E N A			
														■ T O R ■ O P U L E N T			
														■ A S T R I D	(1-6)		
														■ L A S ■ S F	Loewin		

si1807-34

1	2	3	4
---	---	---	---

IMPRESSUM

Herausgeber

Ministerium des Innern
des Landes Nordrhein-Westfalen
Friedrichstraße 62–80, 40217 Düsseldorf

Verantwortlich

Gerrit Weber
Referat Presse und Öffentlichkeitsarbeit

Redaktion

Manuela Peschen, Iris Wüster, Ralf Hövelmann
Ministerium des Innern
des Landes Nordrhein-Westfalen
Referat Presse und Öffentlichkeitsarbeit
Redaktion *Streife*
Friedrichstraße 62–80, 40217 Düsseldorf
Tel. (0211) 871-23 66
Fax (0211) 871-23 44

CN-PoINRW 07-221-2366

Internet: <http://streife.polizei.nrw>

E-Mail: streife@im.nrw.de

ISSN 0585-4202

Schlussredaktion

pressto GmbH, Köln

Autorinnen und Autoren dieser Ausgabe

Simone Bauer, pressto
Janine Eller, IM NRW
Dirk Haberkamp, IM NRW
Johanna Knott, BFE
Walter Liedtke, pressto
Stefan Mühlbauer, FHöV NRW
Andrea Weichbrodt, PSK NRW
Christopher Ursuleack, IM NRW
Marvin Wendtland, BFE

Grafische Gestaltung und Satz

designiert® Corporate Design, Düsseldorf
www.designiert.de

Druck

jva druck und medien, Geldern
Papier: Maxisilk

An den abgedruckten Beiträgen behält sich die *Streife* alle Rechte vor. Beiträge zur Veröffentlichung können direkt an die Redaktion gesandt werden. Nachdruck aller Artikel, auch auszugsweise, nur mit Quellenangabe. Kürzungen von Leserschriften behält sich die Redaktion vor und bittet hierfür um Verständnis. Für Manuskripte und Fotos, die unaufgefordert eingesandt werden, wird keine Haftung übernommen.



Streife wird herausgegeben vom
Ministerium des Innern
des Landes Nordrhein-Westfalen
<http://streife.polizei.nrw> /// ISSN: 0585-4202



POLIZEI
Nordrhein-Westfalen